

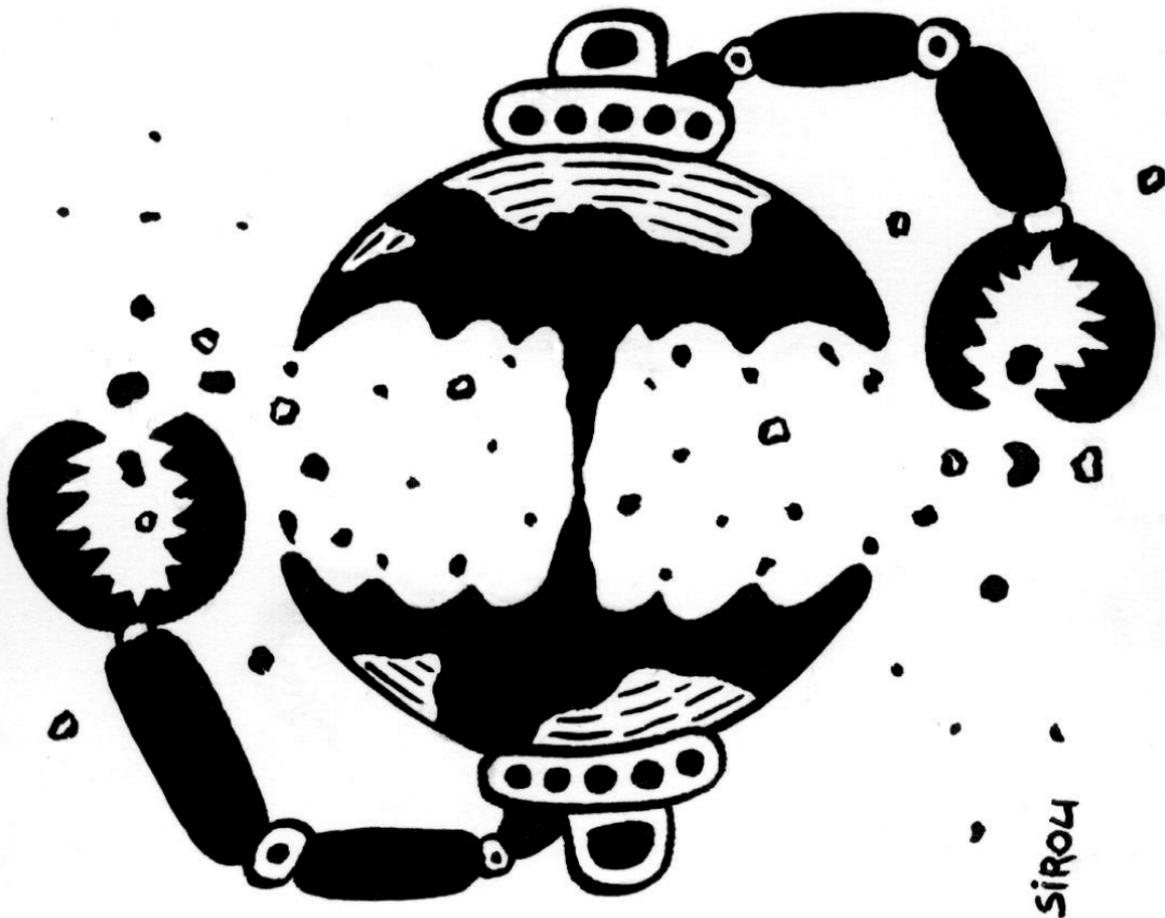
gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 58

Febr. / März 2012



Altstadt oder Allerinsel?

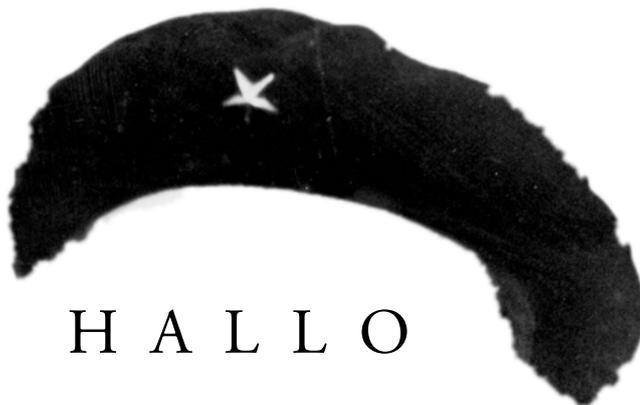
Celler Neonazis: Kontakte zur NSU

Asse: rückholen statt aussitzen

Décroissance als politisches Projekt

INHALT

Mitte-Rechts-Bündnis torpediert Allerinsel	
Bleibt nur noch Stückwerk	3
Altstadt vs. Allerinsel?	5
Meldungen	6
Laternengespräche	
Non vitae, sed scholae discimus	8
Transporte aus Dänemark & MRSA-Keime	
Neues rund um Wietze	10
500 demonstrieren in Eschede	
Auch gegen Alltagsrassismus	11
Nazis in Unterlüß und Hermannsburg	
Stolperstein beschmiert	12
Nationalsozialistischer Untergrund	
Beziehungen zu Celler Neonazis?	14
Atommülllager Asse II	
Rückholung organisieren statt aussitzen	15
Chronik einer Havarie	16
Gasförderung durch Fracking	
Wilder Westen in der Heide?	18
Serge Latouche	
Decroissance als politisches Projekt	20
Blick nach Links #5	24
Rezensionen	
Celle im NS / Sowj. Kriegsgefangene	25
Kinotermin	26
Termin in Kultur & Politik	27



H A L L O

*„Unter dem Pflaster, ja da liegt der Strand,
komm rei auch du ein paar Steine aus dem
Sand.“*

Angi Domdey

Das erste Mal seit längerem war unsere kleine Redaktion sich in der Beurteilung unserer kleinen Welt uneins. Worum ging's? Um das Stadtentwicklungsprojekt Allerinsel. Der Artikel auf den Seiten 3-4 war einer gefühlten Mehrheit trotz seiner skeptischen Anteile zu sehr »Green New Deal«. Sollen wir uns wirklich ernsthaft damit beschäftigen, dass begüterteren Schichten ein innenstadtnahes Wohnen an der Aller ermöglicht wird? Müssen wir nicht diese »Privatisierung öffentlichen Raums« kritisieren? Gibt's keine besseren Ideen für dieses schöne Stück Stadt, als Wohnungen darauf zu errichten, an denen es in Celle nicht gerade einen Mangel gibt? Muss nicht auch im Gegenteil bei der Versiegelung eine Umkehr her?

Ihr merkt: Wir nehmen »Peak everything« und die Postwachstumsdiskussion, mit der wir euch seit einigen Ausgaben füttern, ernst. Allerdings wollten wir euch letztlich den Gegenstand unseres Streits nicht vorenthalten. Und wir verbinden dies mit der Aufforderung, uns zu schreiben, was ihr eigentlich davon haltet, wie mit diesen 22 ha Allerinsel umgegangen werden soll?

Bedanken müssen wir uns bei den Besucher_innen der Benefiz-Party im Dezember & besonders bei Stereopaul und dem Bunten Haus. Nicht nur die Spendendose auf dem Tresen, sondern auch einige Kontobewegungen zeigen: Wir wollten Scheine sehen, ihr habt uns Scheine gegeben – dafür an alle hier ungenannten, aber uns bekannten Spender_innen ein großgeschriebenes THX.

Bis denn – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro,
BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Bleibt nur noch Stückwerk?

In seiner »Neujahrsbotschaft« beklagte OB Mende noch, dass die Kommunalwahl „keine verlässlichen Mehrheiten“ gebracht hätten. Wenn er sich da mal nicht täuscht. CDU, FDP, Unabhängige und WG hatten sich nicht nur zur Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeister verbündet, zum Jahreswechsel brachten die Fraktionen gemeinsam einen Antrag ein, der ein zentrales Stadtentwicklungsprojekt torpediert. Der geplante Umbau der Allerinsel soll nur in Teilen realisiert werden:

„Das Zukunftsvorhaben »Allerinsel« soll im Bereich des 1. Bauabschnitts südlich Hafestraße (incl. Haus der Vereine) zügig realisiert werden. Über den Fortgang der weiteren Planung für die Bauabschnitte 2 und 3 des Rahmenplans wird entsprechend den strukturellen und finanziellen Entwicklungen der Stadt gesondert zu entscheiden sein. Dies insbesondere mit dem Ziel, die Errichtung attraktiven Wohnraums in der Altstadt nicht zu gefährden.“

Auch wenn dies allen bisher mit großer Mehrheit gefassten Ratsbeschlüssen widerspricht – so erstaunlich ist der Bremsversuch des Mitte-Rechts-Bündnisses nicht. Schon im CDU-Wahlprogramm war zu lesen: *„Die Entwicklung von Neubaugebieten muss mit Blick auf das bereits vorhandene Wohnraumangebot mit Augenmaß erfolgen. Dies gilt auch für Planung und Entwicklung der Allerinsel.“* Und immer gab es Stimmen, die das kostenlose Parken und den Schützenplatz erhalten wollten. Sie wollten immer nur das vor einigen Jahren so genannte *„Marina-Projekt“*, sprich das Aufhübschen des Hafens und ein paar Stadtvillen drum herum. Mit Stadtentwicklung hat das nichts zu tun. Was im übrigen auch die Fördergeldgeber so sehen dürften. Denn selbstverständlich lässt sich ein angemeldetes Sanierungsgebiet nicht einfach auseinanderbrechen.

Was soll eigentlich mit der Allerinsel passieren?

Das 22 Hektar große innerstädtische Areal soll im kommenden Jahrzehnt Zug um Zug zu einem urbanen Quartier mit Schwerpunkt Wohnen, Freizeit und Erholung entwickelt werden. Das geplante Wohnungsangebot soll aus rund 270 Einheiten mit einem Mix aus verschiedenen Formen bestehen. Ergänzt werden soll dies durch Nahversorgung und Gastronomie. Und in schönster Stadtentwicklungsprosa heißt es im Rahmenplan: *„Durch die Stärkung und Entwicklung der Erholungs- und touristischen Infrastruktur soll ein lebendiges, attraktives Stadtquartier entstehen, das die Stadt Celle mit dieser Entwicklung wieder an die Aller heranrücken lässt.“*

Im Jahr 2008 beschloss der Stadtrat, die Aufnahme des Projekts in das Bundesprogramm »Stadtumbau – West« zu beantragen. Das Büro Pesch und Partner aus Herdecke sorgte dann für die Erarbeitung eines »Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Allerinsel«.

Die ganze Entwicklung der Allerinsel ist für einen Zeitraum von 12 - 15 Jahren angelegt.

Die dabei entstehenden Kosten sind selbstverständlich kein Pappenstiel: Aus unterschiedlichen Töpfen sind 16 Millionen staatlicher Zuschüsse zu erwarten; die kommunale Gegenfinanzierung beläuft sich auf rund 7,5 Millionen Euro. Das alles für die vorbereitenden Maßnahmen: Hochwasserschutz, Versorgungsinfrastruktur, Parkhausbau etc. Und dann müssen sich Stück



für Stück Investoren für die Wohnbebauung finden. Da kann die Stadt über Grundstücksverkäufe einen Teil der entstandenen Kosten wieder einspielen; mehr als 10 – 15 Millionen Euro dürfte es bringen, so dass für die Stadt am Ende ein Plus stünde.

Ja muss das denn überhaupt sein?

Darüber lässt sich trefflich streiten. Unter einer Fragestellung *„Cui bono – wem nutzt das?“* lässt sich – rein ökonomisch - darauf wohl nur antworten: Jenen, die in die Wohnparks investieren und sich eine formidable Rendite erhoffen. Darauf gründet sich die Ablehnung mancher Linker, die ein reines Quartier für »Reiche« entstehen sehen. Und sie haben damit nicht unrecht.

Celle ist eine schrumpfende und alternde Stadt. Daraus ergibt sich für die »Stadtentwicklung«: Zum einen wird es mehr Ältere geben, die nicht mehr im Einfamilienhaus im Vorort leben wollen, sondern näher ans Zentrum mit Ärzten, Dienstleistern, Kultur und innerstädtischem Einzelhandel drängen. Zum anderen sollen »junge Familien« mit »alternativen«, innenstadtnahen Wohnformen gelockt werden. In beiden Fällen geht es selbstverständlich um jene, die sich die Innenstadtnähe leisten können (und wollen). Sozialen Wohnungsbau wird es auf der Allerinsel nicht geben.

Unter ökonomischen Gesichtspunkten lässt sich festhalten: Mit nicht unerheblichen Steuermitteln wird ein

Wohnquartier für den begüterten Mittelstand entstehen.

Aber weiter nur fürs Schützenfest und Parken?

Auch in ökologischer Hinsicht sind die Planungen für die Allerinsel zwiespältig. Unter Postwachstums-Gesichtspunkten dürfte nur wenig für eine zusätzliche Wohnbebauung in einer schrumpfenden Stadt sprechen. Aber für eine innerstädtische Gartenbauanlage (was fraglos ein faszinierendes Projekt wäre) gibt es auf absehbare Zeit mit Sicherheit keine politischen Mehrheiten. Ein Blick auf die vorhandenen Planungen lässt jedoch aus links-ökologischer Sicht einige Vorteile gegenüber dem derzeitigen Zustand erkennen: 1.) die kostenlosen Parkplätze verschwinden; 2.) der Schützenplatz wird auf eine bedeutend kleinere Fläche im Nordwesten verlegt; 3.) das Quartier wird nicht nur durch den aufgemotzten Hafen attraktiver für Naherholung; 4.) die Bebauung soll weitestgehend ressourcenschonend, energieautark und klimaneutral erfolgen.

Schauen wir auf die einzelnen Aspekte:

Zu 1.) Es gibt in Celle keinerlei ernstzunehmende Ansätze für eine Verkehrswende weg vom Auto – eher im Gegenteil (Ostumgehung, ÖPNV-Desaster, Tempo 30-Blockaden). Die leitende Vorstellung ist, dass die »Einkaufsstadt« mit dem Auto erreichbar sein soll. Und die Innenstadtlobby streitet – überzogen gesprochen – für kostenfreie Parkplätze vor ihrer Ladentür. Die Aller-



insel-Planungen wollen den Wegfall der kostenlosen Parkmöglichkeiten auf dem Schützenplatz, der innerstädtische Einzelhandel sieht darin eine »Katastrophe«. Und er hat für diese »Logik« einen Bündnispartner in der Mitte-Rechts-Koalition, zu dem sich an diesem Aspekt kurioserweise sogar die Ratsfraktion der Bündnisgrünen gesellt (auch die will kostenloses Parken erhalten). Die Allerinsel-Planungen haben dagegen den positiven Aspekt, dass, wer mit dem Auto kommt, zahlen soll – nämlich Gebühren für die Parkhäuser, von denen ein weiteres im Osten der Allerinsel entstehen soll.

Zu 2.) Für insgesamt nur zwei Wochen im Jahr wird für Schützen- und Frühlingsfest eine riesige Fläche im Herzen der Stadt vorgehalten. (Für Freunde neoliberalen

Denkens eigentlich ein schlechter Witz.) Hinzu kommt: Das »Volksfest« hat in den vergangenen Jahren erheblich Federn lassen müssen, was sich z.B. in der zeitlichen Verkürzung und dem ewigen Gejammer der Schausteller wegen sinkender Umsätze ausdrückt. Der größere Teil der Bevölkerung könnte einen Wegfall verschmerzen. Und die »Brauchtumpflege« der Schützenvereine könnte sich wieder in die Stadtteile verlagern, was ihrer gesellschaftlichen Bedeutung auch eher entspricht. – Vorgesehen ist in den Planungen ein kleinerer Festplatz im Nordwesten des Areals. Aber wahrscheinlich sind Bedenken realistisch, dass dies bei einer nahen Wohnbebauung zu Konflikten und zum Aus des Schützenfestes an diesem Ort führen wird.

Zu 3.) Die Allerinsel hat heute den Naherholungswert einer Industriebrache. Deren Charme ist für die Mehrheit der Bevölkerung bekanntlich nicht nachzuvollziehen. Mit einem aufgemotzten Hafen und einem Fußgängerweg entlang des nördlich Allerzweiges würde sich das ändern.

Zu 4.) Das scheinbar attraktivste Argument liegt im Entstehen einer »Öko«-Siedlung. In der Rahmenplanung ist folgendes zu lesen: *„Das neue Stadtquartier wird zu einem nachhaltigen, weitestgehend energieautarken und dadurch klimaneutralen Stadtbaustein entwickelt, der Modellcharakter besitzt und Vorbildfunktion für die nachhaltige Stadtentwicklung übernimmt. Es wird gezeigt, dass klimafreundliches Bauen auch mitten in der Stadt funktionieren kann. Alle Gebäude nutzen die Möglichkeiten energiesparender und Ressourcen schonender Bauweise aus. Zusätzlich benötigte Energie wird vor Ort aus regenerativen Energiequellen gewonnen. Auch Grund und Boden sind nicht uneingeschränkt vermehrbar. Daher werden alle Flächen effizient beplant und bewirtschaftet, um den Verbrauch auf ein Mindestmaß zu beschränken.“*

Freunde eines ökologischen Umbaus der Gesellschaft mögen hier leuchtende Augen bekommen. Aber schauen wir genauer hin.

Ein Vorzeigeprojekt für nachhaltiges Wohnen?

Der Freiburger Stadtteil Vauban hat zur Zeit bundesweit als Vorbildprojekt eine große Ausstrahlung. Auf einem ehemaligen Kasernengelände entstand dort auf einer Fläche von 38 Hektar ein innenstadtnahes Quartier, in dem Bürgerengagement, Bauen in der Gemeinschaft und umweltbewusstes Leben groß geschrieben werden. Passiv- und Plusenergiebauweise und der Einsatz von Solartechnik sind Standard. Das Wohngebiet ist verkehrsberuhigt und ein großer Teil der Haushalte ist autofrei; private Fahrzeuge werden in einer der beiden Quartiersgaragen abgestellt.

Die Celler Allerinsel hätte mit ihren 22 Hektar vielleicht das Potenzial, daran anzuknüpfen. Was hätte die ganze Stadtgesellschaft davon? Ein derartiges Quartier würde den Weg weisen in eine energieeffizientere Zukunft. Aber: Celle ist nicht Freiburg, es hat nicht die grün-alternativen Milieus, die tatsächlich z.B. über ge-

nossenschaftliche Projekte auch »das Soziale« im neuen Stadtteil in anderer Weise herstellen können. Deshalb wird wahrscheinlich nur ein Stadtteil dabei herauskommen, in dem man sich seines energieeffizienten Wohnens rühmt, um so sein Flugkilometerbudget ohne Bauchschmerzen beibehalten oder gar aufstocken zu können. (Ein Rebound-Effekt der anderen Art.)

Wer sich ernsthaft mit den Ansätzen der Postwachstumsökonomie auseinandersetzt, muss angesichts einer alternden und schrumpfenden Stadt Zweifel äußern: Gibt es nicht genug Wohnraum? Wäre es nicht sinnvol-

ler, vorhandene (finanzielle) Ressourcen in die ökologische Bestandssanierung zu stecken? Nur: Die 23 Millionen für den Allerinselumbau stehen eben für andere Zwecke nicht zur Verfügung.

Setzt das Mitte-Rechts-Bündnis im Rat seinen Plan durch gibt's nicht mehr als einen sanierten Hafen und ein paar Stadtvillen am südlichen Allerarm. Und damit rückt dann nicht »die Stadt« an die Aller, sondern das Leben am Fluss wird dort zum Privileg einiger Reicher. Da ließe sich vielleicht die nächsten 10, 20 Jahren besser damit leben, wenn gar »Nichts« passiert. (H.K.)

Altstadt vs. Allerinsel?

Das Ratsbündnis aus CDU, Unabhängigen, WG und FDP spricht offen aus, dass es ihm um den »Schutz« der Altstadt geht. Das betrifft die gebührenfreien Parkplätze des Schützenplatzes zum einen, zum anderen aber auch die Konkurrenzsituation zwischen Wohnen in der Altstadt und Wohnen auf der Allerinsel. Worum geht es bei dieser »Konkurrenz«? Im Kern um die »Rente« als – im ökonomischen Sinne – realisierbares Einkommen aus Immobilienbesitz. Immobilien sind im Boden verankertes Kapital mit dem »Problem«, dass sie sich – wie der Name schon sagt - nicht verlagern lassen. Die Grundrente, die sich aus einer Immobilie ziehen lässt, ist deshalb nicht nur vom Zustand der Gebäude abhängig, sondern auch von Faktoren wie etwa dem Standort.

In der Celler Altstadt hat sich in den vergangenen 20, 30 Jahren eine gravierende Veränderung ergeben. Der in einer eigenen Immobilie eigentümergeführte Einzelhandel ist im Schwinden. Die Gebäude sind also nicht mehr »Produktionsstätte« der Besitzer_innen; es hat eine Verschiebung stattgefunden: Den allermeisten innerstädtischen Immobilienbesitzer_innen geht es um die Grundrente, sprich die aus Vermietung zu erzielenden Erträge.

Nun ist die Stadt kein einheitlicher Raum, sondern gliedert sich in Teilräume. In den so genannten »A-Lagen« lassen sich höhere Quadratmetermieten erzielen als in »B«- oder »C-Lagen«, sprich: Eine Immobilie in der Zöllnerstraße ist mehr »wert« als eine in der Schuhstraße. Die Eigentümer müssen sich also nicht nur um den Erhalt ihrer Immobilien kümmern, sie sind längst auch Akteure in Stadtentwicklungsprozessen. Deutlich geworden ist dies z.B. in der Abwehr eines großen Einkaufszentrums, dessen Etablierung durch das befürchtete Überangebot an Verkaufsfläche einen negativen Einfluss auf die zu erzielenden Mietpreise gehabt hätte.

Seit einiger Zeit gibt es zudem das Bestreben der Immobilienbesitzer_innen ihre Grundrentenerträge dadurch zu erhöhen, dass nicht allein das Erdgeschoss vermietet wird, sondern bestehende Potenziale für Mietwohnungen erschlossen werden. »Wohnen in der Altstadt« war unattraktiv geworden. Der Bestand war zum einen von den Besitzer_innen vernachlässigt worden, so

dass die Ausstattung den steigenden Ansprüchen von Mieter_innen nicht mehr genügte, zum andern weil eher die Nachteile gesehen wurden (Parkraumangel, Lärm etc.). Aktuell gibt es eine Trendwende (Stichwort Gentrifizierung): Für Teile der Bevölkerung ist das Wohnen in Innenstädten wieder erstrebenswert.

Hier setzen die Interessen der Immobilienbesitzer_innen der Innenstadt an: Sie wollen – nach Möglichkeit gestützt durch öffentliche Fördermittel – ihren Wohnungsbestand aufwerten und für eine potenzielle Nachfrage öffnen. Der Rat der Stadt hat deshalb für die Altstadt die Aufnahme in das Bund-Länder-Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz West« in die Wege geleitet. Darüber sollen in den nächsten Jahren knapp sechs Millionen in die Sanierung des Gebäudebestands fließen, wobei für 40 Gebäude Zuschüsse bis zu 50.000 Euro, sowie für weitere rund 50 Gebäude Zuschüsse bis zu 100.000 Euro vorgesehen sind.

Selbstverständlich müssen auch die Immobilienbesitzer_innen erhebliche Summen investieren. Und um den Ertrag dieser Investitionen zu ernten, sind sie bestrebt, Konkurrenzsituationen auszuschalten. Im Idealfall wäre dies die Etablierung eines »absoluten Raums« (Léfebvre) – ohne ein Außen, womit die Möglichkeit zur Erzielung von »Monopolrenten« gegeben wäre. Im Alltag geht es darum, vergleichbare Aufwertungen zu verhindern, die Austauschbarkeit von Räumen zu reduzieren, damit das »eigene Angebot« ein knappes Gut bleibt.

Beide Stadtentwicklungsprojekte – sowohl die Allerinsel wie die Altstadt – zielen auf dieselben Schichten. Und wie vordem die innerstädtischen Immobilienbesitzer_innen alle Kraft darauf legten, die Ansiedlung eines Einkaufszentrums zu verhindern, setzen sie jetzt vieles daran, die Entwicklung der Allerinsel zu torpedieren. Einen Bündnispartner haben sie im »bürgerlichen Lager« jetzt gefunden. - Wo die CZ mutmaßt, es ginge um »Zweifel, ob und welche Veränderungen zu Celle passen«, liegt sie deshalb falsch: Es geht nur um die möglichen Änderungen von Kontobewegungen jener, die ihr Einkommen direkt oder indirekt aus Altstadt-Immobilien ziehen.



Hohe Wende

Nach dem angekündigten Abzug der Briten vom Kasernengelände »Hohe Wende« beginnt mal wieder ein »Wettbewerb« um die besten Nachnutzungsvorschläge: Oberbürgermeister Mende tat sich mit der Idee hervor, das Gelände könne Standort für eine neu zu bauende Integrierte Gesamtschule (IGS) sein. Die »Unabhängigen« schlugen vor, das Allgemeine Krankenhaus »umzusiedeln«. Was der Celler Kurier auch deshalb einen *„überlegenswerten Ansatz“* fand, um damit auch den Standortdiskussionen über die geplante »Nervenklinik« neues Futter zu geben.

CeBus

Von den rund 220 Mitarbeitern der CeBus wurden 27 bis zum 1. Januar zu den alten CSC-Bedingungen entlohnt, was einen monatlichen Bruttolohn von 1900 bis 2200 Euro brachte. Seitdem sind es nur noch 1480 Euro brutto, was das gängige Lohnniveau der übrigen Busfahrer_innen darstellt. Der Betriebsratsvorsitzende Jürgen Elendt bezeichnet dies als *„Lohnraub“*. Auch der von der CeBus eingesetzte »Fahrgastbeirat« reagierte mit Bestürzung. Beiratssprecher Annete Ebmeyer und Bernd Skoda sehen die *„gesetzlich verankerte Daseinsvorsorge“* gefährdet, wenn Busfahrer_innen nicht hinreichend entlohnt würden. Ihrer Auffassung nach kann der ÖPNV dauerhaft nicht ohne Zuschüsse auskommen. - Eine Anmerkung sei gestattet: Wer es über zehn Jahre nicht hinbekommt, gemeinsam für eine Anhebung der Löhne der schlechter gestellten Kolleg_innen zu kämpfen, muss sich vielleicht am Ende nicht wundern.

Alles für alle

Zwischen Weihnachten und Silvester wurden mit mehreren faustgroßen Steinen mehrere Fensterscheiben der Filiale eines Kreditinstitutes in der Blumlage eingeworfen. Am nächsten Tag waren an der Fassade, mit schwarzer Farbe gesprüht, die Worte "ALLES FÜR ALLE" zu lesen. Der ermittelnde Staatsschutz schließt aus dieser Parole messerscharf *„auf eine politisch links motivierte Straftat“*.

Flüsterasphalt

Irgendwie witzig: Ein zentrales Argument zum Bau der Ostumgehung war es, den Straßenlärm z.B. in Altencelle zu mindern. Jetzt wollen die »Unabhängigen« so genannten Flüsterasphalt für die Decke der Neubautrasse sowie auch für die Altenceller Schneede. Argument: die Ortsumgehung habe für Anlieger in Sicht- und Hörweite erhebliche Lärmbelastungen zur Folge, was ausdrücklich auch für die Altenceller Schneede gelte. Die bekäme *„endgültig den Charakter eines Autobahnzubringers“* und das Wohnen an der Straße würde dann *„aufgrund des Verkehrslärms endgültig unmöglich“* (O-Ton im Antrag). - Leider wird auch diesmal die Erkenntnis, dass Straßenneubauten – unterm Strich – immer mehr Verkehr und mehr Lärm bringen als sie vermeiden, nichts bewirken. Die sich sonst als Sparfüchse gerierenden Unabhängigen wollen sogar, dass die Stadt den Flüsterasphalt zahlt, wenn der Bund es nicht freiwillig tut.

Rechtsanwalt rassistisch?

„Wenn Ihnen das Laub in Deutschland nicht gefällt, gehen Sie nach Persien zurück.“ Bei einem Gerichtstermin um das Laub in Nachbars Garten, rutschte dem Rechtsanwalt der Beklagten dieser Satz heraus gegenüber den Klägern, einem seit 41 Jahren in Deutschland lebenden Paar. Das in Adelheidsdorf lebende Paar hat übrigens seit 13 Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft, was aber für den rassistischen Ausfall unerheblich ist. Wer sich also künftig nicht von einem Rechtsanwaltsbüro vertreten lassen will, das den Namen eines Rassisten im Briefkopf hat, sollte darauf achten: Hans G. aus der Celler Altstadt schrieb die CZ, was eine Identifizierung nicht mehr allzu schwer macht.

Männerhaufe

Irgendwie scheint es uns bisher in der Berichterstattung entgangen zu sein, aber: Unter 23 Ratsmitgliedern, die sich bei der Wahl der Bürgermeister als »informelle Koalition« betätigten (CDU/Unabhängige/FDP/WG), sind

nur drei Frauen – das sind 13 %. Auf diese geradezu unterirdische Situation wollten wir zumindest mal hinweisen. Unter den 21 »rot-grün-roten« Ratsmitgliedern haben Frauen mit 12 die Mehrheit.

Hörstmann Weg

Passend zum Evergreen vom »Alten Kameraden« lud der Volksbund für Kriegsgräberfürsorge zur Heldengedenkfeier, ach nein: Es heißt ja Volksrauertag, im November 2011 ein ans Mahnmal am »Helmuth-Hörstmann-Weg 1«. So jedenfalls die Ankündigung in der CZ. - Im übrigen: Ein *„frisches Gesicht“* habe OB Mende der Feier durch die Einbindung des Hölty-Gymnasiums gegeben, so die CZ. Beispielhaft wurde einem im KZ ermordeten jüdischen Wissenschaftler, einer im Zwangsarbeitslager umgekommenen russischen Sängerin, einem in der Gefangenschaft gestorbenen deutschen Soldaten und einer Flüchtlingsmutter gedacht, die sich das Leben nahm, nachdem ihr Baby erfroren war. Und so waren Opfer und Täter – ganz wie es der Volkstrauertag will – im Tod vereint.

WBG auf Ökostrom

Die Städtische Wohnungsbau Gesellschaft, WBG, in Celle bezieht ihren Allgemestrom seit kurzem *„ökologisch“* – leider setzt sie dabei auf *„NaturWatt“*, das Ökostromangebot der SVO, also einem zum e.on-Atomkonzern gehörenden Anbieter. Mit Ökostrom werden bei der WBG nun 430 Wohnungseingänge der WBG-Objekte mit insgesamt 1.917 Wohnungen versorgt. Hinzu kommt noch die Stromversorgung für 54 zentrale Heizungsanlagen sowie die des Verwaltungsgebäudes der WBG. Für die Mieterinnen und Mieter ist der Umstieg laut Auskunft der WBG-Geschäftsführung kostenneutral.

... und Frieden auf Erden ...

Auf dem Fassberger Weihnachtsmarkt durften sich Kinder diesmal in einem Kampfhubschrauber TIGER tummeln. Französische Soldaten präsentierten sich so in der Garnisons-Gemeinde.

Paul Stern neuer DGB-Kreisvorsitzender

Am 11. Januar 2012 wählte die Delegiertenversammlung der Celler Gewerkschaften nach neuer Satzung einstimmig Paul Stern zum neuen DGB-Kreisvorsitzenden. Der parteilose Stern, Gewerkschaftseintritt 1973, ist seit mehreren Jahren Mitglied im Vorstand des ver.di-Ortsvereins Celle. Zuvor aktiv in Gewerkschaftsgremien und -gruppen in Schleswig-Holstein sowie in NRW. Auf Anfrage von revista erklärte er, dass ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit „das Engagement gegen Privatisierung und für Rekommunalisierung“ sei. Weiterhin „Netzwerkbildung mit progressiven Kräften der Zivilgesellschaft“ und „Zusammenarbeit mit interventionistischen Aktionsansätzen bei konkreten Anlässen“. In der allgemeinpolitischen Debatte sei er „offen für Diskurse hin zu einer ökosozialistischen Transformation der kapitalistischen Industriegesellschaft“.

„10.000er-Liste“ des NSU

Drei Celler Institutionen befinden sich – laut CZ – unter den mehr als 10.000 Namen von Personen, Institutionen und Objekten, die die Nazi-Terroristen des NSU ab 2004 gelistet hatten. Die Überschrift „Celle im Visier von Neonazis“ (CZ, 17.12.2011) dürfte dies kaum rechtfertigen. Etwas kurios erscheinen zudem die Objekte: CD-Kaserne, Schlosstheater-Verein und Kreismusikschule. Die CD-Kaserne könnte auf der Liste gelandet sein, weil sie gelegentlich in Kooperation mit dem Verfassungsschutz „Aktionstage gegen Rechtsextremismus“ ausgerichtet hat.

„Ängste für sich genutzt“

Das Hölty-Gymnasium bot seinen Schülerinnen und Schülern im Dezember eine besondere Art der „Aufklärung“. Für eine Gastvortrag war Prof. Dr. Rolf Michel geladen, Vorsitzender der Strahlenschutzkommission (SSK). Im Interview mit der CZ sah der »Experte« einzig Angst und „politisches Kalkül“ als Gründe für den stufenweisen Atomausstieg in Deutschland: „Die Entscheidung ist aus einer unbegründeten Angstpsychose heraus getroffen

worden. Die Bundeskanzlerin hat dem öffentlichen Druck nachgegeben. Anders ausgedrückt: durch diese Entscheidung hat sie ihre Wiederwahlfähigkeit erhalten. Außerdem hat sie den Grünen und der SPD ihr Spielzeug genommen.“ (CZ, 10.12.2011) Da seine Tage als Vorsitzender der SSK gezählt sind, bringt er sich mit dieser Unverschämtheit gegenüber Merkel und Röttgen nochmal in Stellung für einen gut dotierten Beraterjob in der Atomlobby. Dort werden Männer wie er gebraucht, die ein klares Bild von der Atomenergiediskussion in Deutschland haben („große Teile der Öffentlichkeit auf der einen, die Wissenschaft auf der anderen Seite“). „Das beste Mittel gegen Angst“, so Michels Credo, „ist Wissen.“ Eins zumindest müssen wir dem SSK-Vorsitzenden zugestehen: Er weiß, auf welcher Seite er steht. Der Namensgeber des Celler Gymnasiums machte sich über Leute seines Schlages mal so lustig: „Die Männer haben Heldenmuth, Verströmen Patriotenblut, Sind edel auch dabey, und gut.“

Ausschweifende Tanzbewegung

Staatliche Organe haben eine beträchtliche Sehschwäche auf dem rechten Auge. Dies dürfte einer breiten Öffentlichkeit in den vergangenen Monaten klar geworden sein. Amtsgerichte sind davon nicht ausgenommen, wie im Dezember ein Prozess in Celle belegte: Angeklagt waren zwei Besucher des Schützenfestes in Lutterloh. Den aus Potsdam und Frankfurt/Oder kommenden Angeklagten wurde vorgeworfen, auf der Tanzfläche „Heil Hitler“ gerufen und dabei den rechten Arm gehoben zu haben. Das Gericht kam zu einem Freispruch, wie die CZ berichtete: „Was die als »Hitler-Gruß« gedeuteten Armbewegungen betrifft, so könne es sich genausogut um »ausschweifende Tanzbewegungen« - mit einer Zigarette in der Hand – gehandelt haben, befand am Ende das Gericht.“ Dass beide Angeklagten mit T-Shirts und dem Aufdruck „Freie Kräfte Celle“ im Gerichtssaal erschienen waren, wertete die Staatsanwältin als „Konstümierung“. Und auch zu der Schlägerei mit fliegendem Bierkrug wollte sich am Ende

kein Belastungszeuge mehr finden: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich? (CZ, 06.12.2011) – Unten: Kostümfest mit ausschweifenden Tanzbewegungen.



Garnison-Museum reloaded

Das kleine Celler Garnison-Museum ist bekanntlich ein besonderer »Ort des Grauens«, in dem vor allem militärische Leistungen gewürdigt wurden – für welchen Führer da gerade gemordet wurde, interessierte die Macher des Vereins dabei wenig. Das Bomann-Museum bekam im letzten Jahr den Auftrag, die Sammlung neu zu ordnen. Dafür wurde jetzt eine auf zwei Jahre befristete Volontärstelle ausgeschrieben und besetzt. – Währenddessen werden die Planungen für ein NS-Dokumentationszentrum von Seiten der »Unabhängigen« und der FDP schon jetzt wegen der Kosten kritisch beäugt. Man muss halt Prioritäten setzen: Und da ist manchen die Kenntnis der Offiziersränge der Wehrmacht offenbar wichtiger als die der Nürnberger Rassegesetze.

Gesamtschule ab 2014/15

Kurz nach Redaktionsschluss eingegangen: Landrat Wiswe und OB Mende legen Kreistag und Stadtrat folgenden Vorschlag vor: Einführung von drei Oberschulen schon im nächsten Schuljahr. Umwandlung einer der drei im Verbund mit einem Gymnasium (Ernes oder Hölty) ab 2014 zu einer Integrierten Gesamtschule.



Non vitae, sed scholae discimus*

* „Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir“ (Seneca)

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Gott-sei's-gebimmelt, muss Jonas nicht zur Schule.

Die Dicke: Du meinst wegen der Schulreform.

Oma Lilo: »Reform«, spätestens seit Hartz IV wissen wir ja, dass »Reformen« nicht mehr zu tun haben mit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse bzw. Lernverhältnisse. Jetzt geht es doch – um Biegen und Brechen – darum, das gegliederte Schulsystem für die nächste kleine Ewigkeit zu zementieren.

Der lange Lulatsch: Ich hab' ja davon keine Ahnung, aber: Wollen sie nicht Haupt- und Realschulen zusammenfassen?

Die Dicke: Ja schon, aber das hat seinen einzigen Grund in sinkenden Schülerzahlen. Und was ist diese so genannte »Oberschule«, die dabei herauskommt? Hinter dem Etikett verbergen sich die Schulformen Kooperative Haupt- und Realschule und Kooperative Gesamtschule, die das dreigliedrige Schulsystem und damit die Aufteilung der Kinder nach angeblichen Begabungstypen fortsetzen.

Der lange Lulatsch: Aber die Hauptschule mit ihrem Charakter als »Restschule« fällt doch weg.

Die Dicke: In der Organisation des Unterrichts läuft aber doch alles darauf hinaus, dass z.B. die Hauptfächer in schulformbezogenen Gruppen unterrichtet werden. Die Sortierung bleibt also erhalten.

Oma Lilo: Der Unterschied besteht also im wesentlichen im Namen der Schule. Und dass sich die Chancen für die verbessern, die als Hauptschüler etikettiert werden, ist mehr als fraglich. Zur Zeit werden sie an Celler Hauptschulen in Klassengrößen deutlich unter 20 Schüler_innen unterrichtet, bei der Oberschule geht's wieder an die 30.

Der lange Lulatsch: Offiziell wollen sie aber ja schon, dass es zwischen Haupt- und Realschule ein bisschen durchlässiger wird, oder?

Die Dicke: Die Möglichkeit besteht, wird aber nur bei kleinen Schulen die wahrscheinliche Variante sein. In Celle sollen die Oberschulen vier- oder sechszügig sein: Das eröffnet die Möglichkeit zur Sortierung in Haupt- und Realschule – und dakönnen ihr sicher sein, dass das von Lehrer_innen und vielen Eltern gewollt wird.

Der lange Lulatsch: Es gibt ja aber Versuche, doch noch eine Integrierte Gesamtschule nach Celle zu bekommen, oder?

Die Dicke: Das ist ja der Wahnsinn: Die ganze Oberschulstruktur ist in Stadt und Landkreis entwickelt worden unter der Prämisse: Es gibt keine IGS. Denn alle wissen: Wenn eine oder zwei IGS kommen, ist das ganze schöne »Oberschul«-Konzept hinfällig, denn: Die Eltern wollen mehrheitlich die IGS und keine »Oberschule«.

Oma Lilo: Genau das aber wollen Landrat Wiswe und die CDU nicht, und der externe Gutachter tanzt nach ihrer Pfeife.



Die Dicke: D.h. selbst ein Kompromiss zwischen Mende und Wiswe, der die Option für eine IGS offen hält, bedeutet nicht viel: Denn dann gibt es einen Haufen Hürden zu überwinden. Dagegen werden nicht nur die betroffenen Gymnasien, also Ernestinum und Hölty, Sturm laufen, sondern es werden – qua Amt – auch die neuen Oberschulleiter gegen eine IGS streiten, die ihnen ja Schüler_innen wegnimmt.

Oma Lilo: Das kann ja heiter werden.

Die Dicke: Ja klar. Jetzt würde es mal darum gehen, dass die Eltern und – falls es die noch gibt – aufgeschlossene Lehrer_innen anfangen, für dieses zusätzliche Bildungsangebot in Celle zu kämpfen.

Der lange Lulatsch: Na, ob da was zu erwarten ist?

Die Dicke: Vielleicht gibt's ja 2013 einen Regierungswechsel in Niedersachsen und wenn dann mal wieder Rot-grün den Laden schmeißt, gibt's ja vielleicht auch die Möglichkeit für dreizügige Gesamtschulen. Dann wären die »Oberschulen« eventuell nur ein Zwischenschritt.

Der lange Lulatsch: Das glaubst du nicht ernsthaft, dass die sich trauen, grundlegend was zu ändern, oder?

Der Besserwisser: Nach Hamburg wissen die Grünen, dass ihre Wähler_innen zwar auf dem Papier für eine Verbesserung der Chancen von z.B. Kinder mit Migrationshintergrund sind, aber bitte nur solange es nicht die Vorteile der eigenen Kinder minimiert.

Der lange Lulatsch: Der Irrsinn hat Methode. Lernen unter dem Diktat der Notenvergabe kann einem ja nur den Spaß am Lernen austreiben.

Oma Lilo: Das alles um die Kinder auf die »Härten des Lebens« vorzubereiten, anstatt mal drüber nachzudenken, wo eigentlich der Wurm drin ist in dieser Konkurrenzgesellschaft.

Der Besserwisser: Deshalb ist es falsch zu mutmaßen, die Staatsschule erfülle ihre Aufgabe nicht anständig. Im Gegenteil: Es geht um die Reproduktion des Verhältnisses von »benachteiligten« und »privilegierten Familien«. Und dies wird eben im schulischen Leistungsvergleich vorbereitet. Der Auftrag der Schulen besteht nun mal darin, den Nachwuchs vorzusortieren für eine Hierarchie der Berufe, an deren Spitze die Elite Dienst tut, und an deren Basis die Massen sich lebenslang und konkurrierend in ihrer Einkommensabhängigkeit einzurichten haben – mit und ohne Arbeit.

Der lange Lulatsch: In der Tat. Wer von »unten« kommt, kann eigentlich vor allem lernen, Niederlagen wegzustecken und trotz all der Demütigungen nicht drogenabhängig oder depressiv zu werden.

Oma Lilo: Und »Reformen« bringen nichts?

Der Besserwisser: Was ist das Ziel von »Reformen«? Dass Kindern nicht der Spaß am Lernen vermiest wird? Nein: Mit »Reformen« soll bei Bedarf das Verhältnis von Gymnasiasten, Realschülern und Hauptschülern verändert werden. Oder es soll wie jetzt in Niedersachsen die Gebäudenutzung vor dem Hintergrund einer sinkenden Schülerschar optimiert werden.

Oma Lilo: Eine IGS ist aber schon ein Fortschritt, oder?

Der Besserwisser: Naja, im günstigen Fall beginnt die Sortierung nicht in Klasse 5, sondern erst in Klasse 9, was aber grundsätzlich nichts ändert, sondern höchstens eine kleine Atempause verschafft im Kampf um das, was dann als günstige Startposition ins Leben gesehen wird.



Neues rund um Wietze

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bezweifelt die Angaben des niedersächsischen Wirtschaftsministers Jörg Bode, wonach der Geflügelkonzern Rothkötter für seinen Mega-Schlachthof in Wietze (bei Celle) lediglich zu einem Prozent auf Masthühner-Lieferungen aus Dänemark zurückgreift. Informationen von Brancheninsidern zufolge habe Rothkötter für seinen unausgelasteten Schlachthof etwa 40 dänische Mäster beim dortigen Geflügelkonzern Rose Poultry abgeworben. Sollten diese Angaben zutreffen, wären dies – bezogen auf den Schlachthofbedarf in der ersten Ausbaustufe – etwa 40 Prozent der Tiere. Nach Einschätzung der AbL kommen viele Tiere für Rothkötters Schlachthof in Wietze ohnehin aus Regionen außerhalb eines Umkreises von 100 – 150 Kilometern, der nach Ansicht von Experten noch rentabel hinsichtlich der Transportkosten sei. Rothkötter habe mangels Interesse der allermeisten Landwirte schließlich seine Werbeanstrengungen auf Schleswig-Holstein und auch auf Dänemark ausdehnen müssen.

AbL-Agrarindustrie-Experte Eckehard Niemann verweist darauf, dass die allermeisten Landwirte den Einstieg in eine konzernabhängige, gesellschaftlich inakzeptable Qualität in Agrarfabriken mit ihren bedenklichen Geruchs- und Keim-Emissionen ablehnten. Zudem habe der Verdrängungswettbewerb der Geflügelkonzerne zu einer dramatischen Überproduktion und damit zu weitgehend ruinösen Verhältnissen geführt. *„Wegen der Überproduktion und der gestiegenen Kosten für Futtermittel, Stallbau und Genehmigungs-Gutachten verdient nach unseren Berechnungen kaum ein Neueinsteiger in diese Branche auch nur einen Cent“*, so Niemann, *„viele Mäster werden in den nächsten Jahren sogar viel Geld dazulegen müssen.“*

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) fordert angesichts der neuerlichen Untersuchungsergebnisse des BUND über die massive Belastung von agrarindustriell erzeugtem Masthühnerfleisch mit den antibiotikaresistenten Keimen MRSA und ESBL eine rasche Abkehr von der Geflügel- und auch der Schweinefleisch-Erzeugung in Agrarfabriken. Der niedersächsische AbL-Vorsitzende Martin Schulz verwies auf Untersuchungen und Berichte der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA, des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) und des Robert-Koch-Instituts (RKI), wonach diese Keime in Ställen mit artgerechter Haltung nicht gefunden wurden, es einen engen Zusammenhang mit dem Antibiotika-Einsatz gebe und die Keimbelastung mit der Größe der Anlagen deutlich ansteige.

So verdoppele sich die Zahl keimbelasteter Betriebe auf 63 %, wenn statt 500 Mastschweinen 1.000 oder mehr Tiere gehalten würden. Nach Einschätzung der AbL dürfte die Keimbelastung in Agrarfabriken oberhalb der Grenzen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, also oberhalb von 1.500 Schweinemastplätzen, 560 Sauen oder 15.000 Geflügelplätzen, noch drastisch ansteigen. Betroffen von der Keimbelastung seien nicht nur Landwirte und Tierärzte, sondern auch Anwohner von Agrarfabriken. Untersuchungen der Universität Utrecht hätten über eine Entfernung von 1.000 Meter hinaus eine bedenklich Konzentration von Feinstaub und Keimen ergeben.

AbL-Sprecher Schulz forderte zugunsten einer artgerechten und gesunden Tierhaltung in mittelständisch-bäuerlichen Betrieben ein rasches Verbot des Neubaus von Agrarfabriken, den EU-weiten Erlass neuer Tierhaltungsvorschriften und ein Programm zur Unterbindung des Antibiotika-Missbrauchs in der Tiermast.



Die BI Wietze wies im Januar ergänzend darauf hin, dass die Bundesregierung im Oktober 2010 die Gefahren der aufgrund des hohen Antibiotikaeinsatzes während der Hühnermast entstehenden resistenten Keime (MRSA) für die dort arbeitenden Menschen wie folgt einschätzte: Studien hätten gezeigt, dass **Beschäftigte in landwirtschaftlichen Nutztierbeständen** deren Tiere Träger von MRSA Bakterien sind, einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind an MRSA Bakterien zu erkranken. Ein ähnliches Risiko gilt auch für **Beschäftigte in Schlachthöfen**, die Umgang mit lebenden Tieren vor der Schlachtung haben.

Auch die seit November 2011 vorliegende niedersächsische Studie, bestätigt, dass in 83 % der Hähnchenmastbetriebe bis zu acht verschiedene Sorten Antibiotika eingesetzt werden. Je höher die regionale Tierdichte ist, desto häufiger wird Antibiotika eingesetzt. Und das führt zur „Züchtung“ resistenter Keime.

Auch gegen Alltagsrassismus

Seit im Winter 2001 das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus eine spontane Minikundgebung an der Zufahrtsstraße zu Hof Nahtz durchführte, haben sich die Demonstrationen gegen die Nazitreffen in Eschede zu einer Tradition entwickelt und so war die Demo am 17. Dezember 2011 von langer Hand geplant und dieses mal gemeinsam vom DGB/Celler Forum und dem Escheder Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte angemeldet.

Um Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken, wurden dreimal halbseitige Anzeigen in der *CZ* und im *Celler Markt* geschaltet; immerhin haben über 90 Personen und Gruppen diesen Aufruf unterstützt und die Finanzierung der Anzeigen ermöglicht.

Dass dann ca. 500 Menschen an der Demonstration teilnahmen hat die Veranstalter_innen doch überrascht und erfreut. Die Beteiligung ist sicherlich auch eine Folge der vorangegangenen Ereignisse in Unterlüß und Hermannsburg sowie dem Bekanntwerden der Naziterorgruppe. Durch die großen Anzeigen wurde es für viele Menschen deutlich erkennbar, dass sie ihrer Empörung und ihrem Entsetzen Ausdruck verleihen können. So kamen eine Menge Menschen nach Eschede, die vorher noch nie dabei waren. Es war ein bürgerliches, eher etwas älteres Spektrum. Dafür haben die wenigen Jüngeren für Sprechchöre während der Demo gesorgt, sonst wäre das Ganze eher leise über die Bühne gegangen. Aber recht bunt war es, neben Partei- und Organisationsfahnen und Transparenten waren auch jede Menge selbstgebastelter Schilder unterwegs.

Es gab etliche Redebeiträge, in denen u. a. auf die Taten des NSU eingegangen wurde.

So sagte Kirsten Lühmann (SPD-MdB) dazu, die Aussage der ermittelnden Behörden, wonach man das, was jetzt ans Licht kam, doch nicht ahnen konnte, erschütterte sie. Sie meinte, man hätte es wissen können. Pastor Jürgen Schnare machte die Erfahrung, dass viele Politiker_innen das Thema Neonazis für überbewertet hielten, „erst das Bekanntwerden der Mordserie des NSU, die unter den Augen der scheinbar blinden Strafverfolger eine Blutspur durch unser Land zog, hat nun eine merkwürdige Hektik ausgelöst.“ Olaf Meyer (Antifa Lüneburg/Uelzen) machte deutlich, dass die Taten des NSU und in Norwegen Ausdruck menschenverachtender Ideologie ist, und Yilmaz Kaba (Die Linke) betonte, dass die Behörden zuschauten und durch den Einsatz der V-Leute eine Kumpanei entstand. Auf das Vorgehen der Behörden wurde auch von Gertrud Truffel (Die Grünen) mit folgenden Worten eingegangen: „Dass der VS gescheitert ist mit seiner Strategie der Aufklärung, ist nun allen bekannt. Das Argument von einem NPD-Verbot Abstand zu nehmen, um die rechte Szene besser beobachten zu

können zählt nun nicht mehr.“ So wurde dann von mehreren das Abstellen der V-Leute gefordert bis hin zur Abschaffung des Verfassungsschutzes.

Auf die Brandanschläge in Unterlüß wurde mehrmals Bezug genommen. Die direkt Betroffenen Klaus Jordan (Mahnwache Gerhus) und Pastor Wilfried Manneke sprachen zu Beginn der Demo. Manneke wies auf die Gefahr hin, die von Neonazis ausgeht, und befürchtete, dass mit einer „härteren Gangart“ von ihnen zu rechnen sei. Er bezeichnete den Anschlag auf sein Haus als Bedrohung von Leib und Leben. Aber er lasse sich nicht einschüchtern und forderte auf, Stellung zu beziehen gegen Rassismus und Gewalt. Das betonte auch Klaus Jordan. Er ging auf die große Anzahl weiterer Todesopfer rechter Mörder ein; die Täter würden nach dem Motto „Taten statt Worte“ handeln. Olaf Meyer erinnerte ebenfalls an die 150 bis 180 Toten, die für ihn 150 bis 180 Gründe seien, weiter gegen Nazi zu kämpfen, sich weiterhin den Nazis in den Weg zu stellen mit allen legitimen und notwendigen Mitteln.

Ein weiterer Schwerpunkt in mehreren Reden war der Alltagsrassismus. So betonte Dirk-Ulrich Mende (Celles OB) die Wichtigkeit, gegen Nazigedankengut, intolerantes Gedankengut, gegen Vorurteile aufzustehen und gegen diejenigen anzugehen, die subtil Vorurteile verbreiten. Er rief dazu auf, dagegen einzuschreiten. Klaus Jordan zu dem Thema: „Achtet auf den akzeptierten Fremdenhass, die kleinen Alltagsfaschismen.“ Olaf Meyer bezeichnete den Extremismus in der Mitte als Motor autoritärer und rassistischer Entwicklung, dieser dürfe aus der Kritik nicht ausgespart werden. Dabei ging er über den „Stammtischrassismus“ hinaus. Er kritisierte den Sozialabbau, der zu Rassismus führt, und dass wir in einer Ellenbogengesellschaft leben, die mit Ausbeutung durch das Wechselspiel von Ein- und Ausgrenzung rassistische Ressentiments fördere.

Eschede selber war selbstverständlich auch noch Thema, sowohl Lennard Aldag (DGB) als auch Kirsten Lühmann werteten die Tatsache, dass auf dem Hof Nahtz keine Sonnwendfeier stattfand als Erfolg des ausdauernden Widerstands, betonten aber auch beide, dass dieser anhalten muss, damit auch die weiteren Treffen dort ebenfalls eingestellt werden. Klaus Jordan formulierte deutlich: „Das Ziel des Protestes bleibt: keine weiteren Nazitreffen auf Hof Nahtz!“ Die Demonstration sei keine „Alibiveranstaltung für's gute Gewissen“.

Beeindruckend oder besser bedrückend war noch die Darstellung der Situation von Kurd_innen in Europa durch Yilmaz Kaba, die nicht nur von den jeweiligen Nazisstrukturen vor Ort bedroht werden, sondern zusätzlich noch von türkischen Faschisten, wie z.B. den Grauen Wölfen.

Die Demo endete am Bahnhof. Im Anschluss fand noch eine Veranstaltung des Escheder Arbeitskreises für Demokratie und Menschenrechte und der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eschede unter dem Titel „Lichter gegen Extremismus“ statt, der von vielen Teilnehmer_innen der Demonstration als Gleichsetzung von Rechts und Links und damit als politisch und inhaltlich völlig neben der Sache kritisiert wird. Nichtsdestotrotz wurde bei dieser Abendveranstaltung dazu aufgerufen, sich vielfältige Möglichkeiten des Protestes gegen die Aktivitäten der extremen Rechten auf Hof Nahtz zu überlegen, die alle ihre Wichtigkeit haben, auch die Demonstrationen.



Ebenfalls wurde der Verfassungsschutz kritisiert, seine Glaubwürdigkeit bezweifelt. Zu Nahtz selber wurde gesagt, dass er im Dorf vielmehr erfahren und spüren muss, dass er mit seiner rechten Gesinnung nicht toleriert wird, dass er sich mit seiner Haltung und seinem Tun selber an den Rand der Gesellschaft manövriert.

Zu Beginn der Demo tauchten Dennis Bührig & Co. auf und waren empört, dass sie weggescheucht wurden. Demoteilnehmer_innen berichteten noch über zwei ältere Männer, die zu Beginn durch dumme Bemerkungen aufgefallen wären, aber dies waren dann auch die einzigen »Zwischenfälle«.



Naziaktivitäten in Unterlüß und Hermannsburg

Stolperstein beschmiert

In der Nacht vom 24. auf den 25. November 2011 haben Unbekannte in Hermannsburg die Schaufenster des Geschäfts von einem Mitglied des Netzwerkes gegen Rechtsextremismus Südheide sowie den kürzlich verlegten Stolperstein für Irmgard Ruschenbusch beschmiert.

Die Hermannsburger Geschäftsinhaberin hatte die Verlegung des Stolpersteins in Hermannsburg stark vorangetrieben und die Feier rund um die Verlegung geleitet. Am 3. November war von dem Kölner Bildhauer Gunter Demnig der Stolperstein in der Lotharstraße verlegt worden.

Er soll an Irmgard Ruschenbusch erinnern. Die Großnichte von Ludwig Harms war im Alter von 45 Jahren im hessischen Hadamar im Rahmen der T4-Aktion der Nationalsozialisten ermordet worden, weil sie unheilbar an Schizophrenie erkrankt war. Erst innerhalb des letzten Jahres führten Nachforschungen ihrer Familie dazu, dass nun endlich ihr Schicksal Aufmerksamkeit erfuhr.

Etwa 30 Hermannsburger Bürger_innen - darunter auch der Hermannsburger Bürgermeister Flader sowie zwei Feuerwehrleute samt Einsatzfahrzeug - und Aktive aus dem Kreis des Netzwerkes gegen Rechtsextremismus Südheide halfen am darauf folgenden Tag, die Schmierereien zu entfernen. Dabei demonstrierten sie durch Transparente und einen Redebeitrag ihren Widerstand gegen nazistische Ideologien und Taten.

Brandanschläge auf Aktivist_innen gegen Neonazis im Landkreis Celle

Wenig später, in der Nacht vom 14. auf den 15. Dezember 2011 wurden Brandanschläge auf Wohnhäuser von Aktivist_innen der *Mahnwache Gerbus* verübt. Es wurde jeweils eine Flasche mit Lunte und brennbarem Inhalt an die Hauswände geworfen.

Nach Bekanntwerden des ersten Anschlags lag die Vermutung nah, dass es sich um eine Tat aus dem Bereich der extremen Rechten handelt. Diese Vermutung wurde erhärtet durch die Tatsache, dass es ein weiteres Wohnhaus von Menschen der *Mahnwache Gerbus* getroffen hatte. Verletzt wurde keine_r und der Sachschaden hält sich auch in Grenzen, aber der Schreck ist doch erst einmal groß. Die Betroffenen sowie die ca. 50 Menschen, die am folgenden Nachmittag zusammen kamen, um sich mit den Opfern solidarisch zu erklären, werteten das Ganze als Einschüchterungsversuch. Der dreiste Kommentar auf der Internetseite der Celler Nazis: „*Kurz vor einer am Sonnabend bevorstehenden Anti-Nazi Demonstration in Eschede, könnte dieser Vorfall ein wenig zur Mobilisierung beitragen. Ohne irgendjemandem böserartige Unterstellungen zu machen, riecht das ganze Szenario förmlich nach einer Aktion unter falscher Flagge.*“

In Folge der Brandanschläge hat sich bereits am 19. Dezember der Unterlüßer Rat mit einem Eilantrag der SPD/WG-Gruppe zu den Brandanschlägen in Unterlüß

und Fassberg befasst und verabschiedete einstimmig eine „Resolution gegen Rechts“. Angenehmer Weise verwässern sie diese nicht durch das sonst übliche Rechts = Links Gerede, sondern sagen klar:

„Rechtsextremes Verhalten darf nicht verharmlost werden. Rechtsextremes Gedankengut macht sich schleichend inmitten unserer Gesellschaft breit. Menschen werden aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Nationalität oder Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Identität, ihres Alters, ihrer Behinderung, ihrer sozialen Stellung oder ihrer persönlichen Umstände mit Gewalt bedroht. Leider müssen wir feststellen, dass es auch in unserer Gemeinde offenbar rechtsextremistische Aktivitäten gibt.“

Wir wollen, dass sich die Verbrechen der Vergangenheit nicht wiederholen, und deshalb müssen wir entschlossenes und gemeinsames, aber gewaltfreies Handeln entgegenzusetzen. Politik, Vereine und Verbände, Gruppen und Initiativen, Kirchen, Unternehmen, Betriebs- und Personalräte, Behörden, Institutionen, alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, unsere Gesellschaft weiterhin aktiv gegen Anfeindungen zu verteidigen und dem weiteren Anwachsen des Rechtsextremismus gewaltfrei Einhalt zu gebieten.“

Der Rat der Gemeinde Unterlüß verpflichtet sich im Rahmen seiner Möglichkeiten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Art von rechtsextremistischen Aktivitäten entgegenzuwirken und fordert die Bürger_innen sowie Vereine und Verbände auf, sich dieser Selbstverpflichtung anzuschließen. Weiterhin fordert der Rat der Gemeinde Unterlüß die Bundesregierung und die Landesregierung auf, verstärkt Aufklärung über rechtsextremistische Aktivitäten zu organisieren und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu unterstützen. Der Rat der Gemeinde Unterlüß ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, gemeinsam und deutlich Zivilcourage zu zeigen z. B. sich gegen diskriminierende und rassistische Äußerungen zu verwahren und bei Übergriffen von Rechtsextremisten nicht wegzuschauen.

Nationalsozialistischer Untergrund Beziehungen zu Celler Neonazis?

Nun ist es bereits ein viertel Jahr her, dass die Existenz der rechten Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) bekannt wurde und welche Taten ihr zugeschrieben werden - und schon ist es eigentlich kaum noch Thema, ebensowenig wie die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes.

Der NSU hat 13 Jahre lang unbehelligt im Untergrund gelebt und von dort seine Taten geplant und ausgeführt. Mindestens zehn Tote und zwei Dutzend zum Teil schwer Verletzte haben die Mitglieder des NSU nach aktuellem Ermittlungsstand zu verantworten.

Neun der zehn Tote waren Migranten, dennoch kamen die Ermittler jahrelang nicht auf die Idee, dass es sich um Taten von Nazis handeln könnte, nein es war



Celles Neonazis auf der Demo in Bad Nenndorf 2011

die Rede von organisierter Kriminalität, Auftragsmord, Schutzgelderpressung. Die Ermittlungen führten dazu, dass Angehörige und Bekannte der Opfer verhört und verdächtigt wurden, den Opfern wurden kriminelle Verstrickungen unterstellt – ein Spiegel des rassistischen Normalzustands, genauso wie die Titulierung der Taten als „Dönermorde“ im bundesdeutschen Blätterwald in den ersten Wochen.

„Wir wussten damals schon, dass es Faschos waren ... Aber wir haben ja alle Dreck am Stecken, wir sind alle Dealer und Schutzgelderpresser, und rechte Gewalt gibt es nicht!“, so Kutlu Yurtseven von der Band Microphone Mafia auf seiner Facebookseite.

So eine Terrorgruppe wie der NSU entsteht nicht aus dem Nichts. Gewalt und Terror sind grundlegende Elemente nazistischer Ideologie und Lebenswelten. Selbstüberhöhendes Elitedenken führt fast zwangsläufig zu organisierter Gewaltanwendung gegen Menschen, die dem rassistischen Weltbild nach minderwertig sind oder zumindest hier nichts zu suchen haben und gegen Andersdenkende. Dazu kommen ein gewisser Waffenfetischismus und die Selbststilisierung als politische Soldaten und Kämpfer. Es wird ein Ausnahmezustand imaginiert, der nach radikalen Lösungen verlangt.

Hochrangige Neonazis haben die sowieso schon hohe Gewaltbereitschaft in der rechten Szene wiederholt zusätzlich angeheizt. So drohte der inzwischen verstorbene zeitweilige NPD-Vize Jürgen Rieger einem Kameratteam des NDR: „Warten Sie es doch ab: Wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist, dann wissen Sie, es geht los. Reporter, Richter, Polizisten, Sie!“ Manfred Roeder, verurteilter Rechtsterrorist der Deutschen Aktionsgruppen und 1998 Bundestagsdirektkandidat der NPD in Stralsund, rief im selben Jahr den Delegierten eines Parteitages zu, dass es „ohne Blut kein neues Deutschland geben wird“.

Der aktive Kern des NSU war das sogenannte Zwickauer Neonazi-Trio: Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt – alle drei aus Jena. Im Herbst 1994 formierte sich in Thüringen die „Anti-Antifa“, aus

welcher 1996 der „*Thüringer Heimatschutz*“ hervorging. Zschäpe, Bönhardt und Mundlos gehörten mit André Kapke, Ralf Wohlleben und Holger Gerlach der „*Kameradschaft Jena*“ des Thüringer Heimatschutzes an, die später als „*Sektion Jena*“ bezeichnet wurde. Bönhardt war neben Mundlos stellvertretender Leiter der Sektion. Der 1996 ca. 120 Mitglieder (2001 ca. 170 Mitglieder) starke Thüringer Heimatschutz wurde maßgeblich von dem stellvertretenden Vorsitzenden des NPD-Landesverbandes Thüringen, Tino Brandt, aufgebaut, der von 1994 bis zu seiner Aufdeckung 2001 V-Person des Thüringer Verfassungsschutzes war.

Neben dem ideologischen Unterbau benötigte die Terrorgruppe auch noch logistische Unterstützung, um im Untergrund existieren zu können. Da wurden von „Kameraden“ Wohnungen und Autos angemietet und Pässe beschafft, wobei laut Spiegel vom 18.12.2011 sich der Thüringer Verfassungsschutz sehr hilfsbereit zeigte. Über Tino Brandt wollte er dem NSU mehr als 2000 Mark für gefälschte Pässe zukommen lassen. Brandt soll bis 2001 für den VS gearbeitet und in der gesamten Zeit für seine Mitarbeit über 200.000 DM, das heißt wöchentlich etwa 800 DM Honorar, kassiert haben.

Als weiterer logistischer Unterstützer des NSU wurde bereits am 13. November 2011 der 37jährige Holger Gerlach aus Lauenau verhaftet. Ihn kannte der NSU ja bereits aus alten „*Thüringer Heimatschutz*“-Zeiten. Dennoch geriet er erst nach dem Ende der so genannten „*Zwickauer Zelle*“ ins Visier der Fahnder - trotz der gemeinsamen Vergangenheit beim THS und obwohl damals zumindest Mundlos, Bönhardt und Zschäpe noch im Blickfeld des Verfassungsschutzes waren.

Seit Anfang des neuen Jahrtausends lebte Gerlach in Hannover, 2008 zog er nach Lauenau. Auch in seiner neuen Heimat war er in der neonazistischen Szene aktiv. So stand Gerlach, wie erst jetzt durch Medienberichten an die Öffentlichkeit gelangte, in den letzten Jahren nicht nur mit Angehörigen der rechten Szene aus dem



thüringischen Jena in Kontakt, sondern hat vielmehr auch in der Region Hannover in Nazi-Strukturen gewirkt.

Offensichtlich hatte er Kontakt zu Neonaziorganisationen wie der „*Kameradschaft 77*“ Langenhagen, die wiederum eng

mit der Celler Kameradschaft 73 verbandelt war, und den „*Freien Nationalisten Hannover*“, welche dem Verfassungs- und Staatsschutz als militante neonazistische Gruppe bekannt sind. Zusammen mit Vertreter_innen dieser Gruppen nahm er in Hildesheim an einem länderübergreifenden Koordinierungstreffen verschiedener rechter Organisationen teil.

Ende November 2011 wurde Ralf Wohlleben verhaftete, er gilt als ein weiterer Unterstützer des NSU. Ihm wird Beihilfe zum sechsfachen Mord zur Last gelegt. Im Zuge der Ermittlungen sind neue Vorwürfe gegen den bundesweit bekannten Neonazi öffentlich geworden. Aus einem geheimen Bericht des thüringischen Verfassungsschutzes an die Generalbundesanwaltschaft vom 14. November 2011 geht hervor, dass Wohlleben weit tiefer in die Machenschaften des NSU involviert sein soll als bisher bekannt war. (<http://endstation-rechts.de/>)

Wie weit die Celler „Kameraden“ informiert oder involviert waren ist unklar.

Immerhin war Dennis Bührig aus Celle 2009 in Arnstadt beim „*Thüringentag der nationalen Jugend*“ als Redner aufgetreten. Dieses Neonazi-Fest wurde von eben diesem oben erwähnten Ralf Wohlleben organisiert, dem potentiellen Unterstützer und Waffenlieferanten der Zwickauer Zelle.

Bührig, der als militant geltende Aktivist der damaligen „*Kameradschaft Celle 73*“, schlug dort äußerst antisemitische Töne an und huldigte offen seinem Hang zum Nationalsozialismus. Er hetzte gegen die „*weltweite zionistische Bedrohung*“ und die „*Überfremdung*“ und rief dazu auf: „*Helfen wir alle mit vollem Einsatz, unser Volk auferstehen zu lassen*“. Und „*zeigen wir der Welt, dass das deutsche Volk sich nicht auf Dauer unterdrücken lässt*“. So solle es wie Phoenix aus der Asche auferstehen und die „*Ketten der Knechtschaft*“ sprengen. In Anlehnung an die nationalsozialistische Waffen-SS ermahnte Bührig: „*Kämpfen wir in der Tradition unserer Kameraden*“, welche „*heute Verbrecher genannt werden*“. Mit direktem Bezug auf die Hakenkreuzfahne forderte er: „*Tragen wir die Fahne im Herzen unter der unsere Großväter fielen und lassen sie zu neuem Leben erwachsen!*“

Auf demselben Fest hatten übrigens auch die Organisatoren des neonazistischen Bad Nenndorf-Aufmarschs einen Stand. Dieses Umfeld der Kameradschaft Weserbergland / Schaumburg zeigte sich mit dem oben erwähnten Holger Gerlach am 18. Juni 2005 bei einer NPD-Demonstration in Braunschweig.

(Randnotiz: Der unverhältnismäßige Polizeieinsatz gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten, insbesondere ein Kessel, bei der NPD-Demonstration "Sozialabbau, Rentenklau, Korruption - Nicht mit uns!" am 18. Juni 2005 in Braunschweig war rechtswidrig. Dies stellte zunächst das Landgericht Braunschweig und abschließend, nach einer Beschwerde des Landes Niedersachsen, das Oberlandesgericht Braunschweig fest.)

Diese Aufkleber machten 1996/97 in Jena die Runde.

Rückholung organisieren statt aussitzen

„Asse II: Rückholung organisieren statt aussitzen“ war das Motto der Pressekonferenz in Hannover am 3. Januar diesen Jahres. Geladen hatte der Asse II - Koordinationskreis und alle großen VertreterInnen von Rundfunk und Fernsehen kamen.

Klar wurde, dass die Rückholung des vom Einstürzen bedrohten Atommülllagers Asse II bei Wolfenbüttel für den Zusammenschluss der örtlichen Bürgerinitiativen und Vereine alternativlos ist. Doch die vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) angekündigte Rückholung des schwach- und mittlerradioaktiven Mülls aus dem maroden Bergwerk droht zu scheitern, ehe sie überhaupt begonnen hat.

2009 hatte das BfS die Bergung der Abfälle nach einem Optionen-Vergleich als einzige sichere Möglichkeit zur Schließung der Asse beurteilt. Das Bundesumweltministerium (BMU) unter Norbert Röttgen verordnete daraufhin Anfang 2010 eine so genannte „Faktenerhebung“, um die Machbarkeit der Bergung zu prüfen. Ein Verfahren, das die Organisation der Rückholung um weitere drei Jahre verzögern würde. Kurz vor Weihnachten gelangte dann ein interner Vermerk aus dem BfS an die Öffentlichkeit. Dort erklärte ein Abteilungsleiter der Behörde die Rückholung des Atommülls für unwahrscheinlich, da das Bergwerk schon in wenigen Jahren einzustürzen und voll Wasser zu laufen droht. Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander erklärte das Vorhaben für gescheitert und sprach sich für eine Flutung der Asse aus.

„Die Flutungs-Befürworter befürchten doch letztlich die Bilder von zurückgeholtem Atommüll: damit würde das Scheitern der deutschen Endlager Strategie »aus den Augen aus dem Sinn« allzu offensichtlich.“ (Asse-Koordinationskreis)

Die Bürgerinitiativen kritisieren seit langem das zögerliche Herangehen an die Vorarbeiten für die Rückholung des Atommülls. Sie sind sicher: „Wer fordert, die Rückholung aufzugeben, muss auch sagen, was dann passieren würde: Der Atommüll in der Asse kann nach einem Verschluss des Schachtes dort nicht trocken verwahrt werden. Der Beton kann nur in die Mitte des Bergwerks gefüllt werden. Um diesen Betonkern herum lagert der Atommüll - mit verbleibenden Hohlräumen. Diese Hohlräume würden entweder von der eindringenden Salzlösung gefüllt oder sie müssten mit einer künstlich zugeführten Flüssigkeit gefüllt werden. Beides würde dazu führen, dass sich der Atommüll in der Flüssigkeit auflöst. Ein Brei aus Atommüll, chemotoxischen Abfällen, Behälterresten und Salz würden sich bilden.“

Dazu Dr. Ralf Erhard Krupp von der »Arbeitsgruppe Optionen-Vergleich«: „Nach einer Vollverfüllung der

Asse bilden sich unweigerlich Gase, sobald die eingelagerten Metalle (Fässer) und organischen Substanzen mit der Salzlösung reagieren. Bereits nach wenigen Jahren können solch hohe Drücke entstehen, dass kontaminierte, giftige und nur wenig verdünnte Lösungen und Gase in die Biosphäre ausgepresst werden.“ Das Grundwasser in der Region bis hin zu Weser und Elbe kann bei Verschluss und Flutung der Asse kontaminiert werden.

„Deshalb ist jeder geborgene Kubikmeter Atommüll ein Sicherheitsgewinn“, so Heike Wiegel vom Koordinationskreis. Sie teilt nicht die Meinung des BMU, das zwar die Rückholung der Abfälle für die beste Lösung hält, jedoch nur, wenn ein Großteil des Atommülls geborgen werden kann.

Die Atomkraftgegner_innen sprechen schon lange nicht mehr von 126 000 einst eingelagerten Fässern. Die sind längst korrodiert und von Salz zerfressen. „Wer - wie das BMU - meint, Kammern sowie die darin befindlichen Gebinde im Rahmen der Faktenerhebung bewerten zu können, führt die Öffentlichkeit in die Irre. Das kann dazu dienen, die Flutung des Asse Schachtes zu legitimieren.“ (weiter auf S. 18)



Chronik einer drohenden Katastrophe

Die Schachtanlage Asse II ist ein ehemaliges Salzbergwerk. Sie liegt 10 km südöstlich von Wolfenbüttel. 1964 wurde die Steinsalzförderung aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt.

1965: Die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) kauft im Auftrag des Bundes das Bergwerk Asse, um dort Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Endlagerung radioaktiver Abfälle durchzuführen.

1967-1978: Als Versuch deklariert, werden dort rund 125.000 Fässer mit schwach radioaktiven Stoffen eingelagert. Das ist der gesamte, zu der Zeit in der BRD angefallene, schwach radioaktive Atommüll. 50 % der Gebinde stammen aus der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) des damaligen Kernforschungszentrums Karlsruhe, 20 % aus Atomkraftwerken und 10 % aus der Kernforschungsanlage Jülich.

1972-1977: Rund 1.300 Fässer mit mittelradioaktivem Müll werden eingelagert. Dieser Atommüll stammt zu 90 % aus der WAA Karlsruhe. Ein Teil der Fässer enthält spaltbares Material. Damals galt, dass die angegebene Menge an Uran (25 kg) und Plutonium (6 kg) die vorgesehenen Grenzwerte nicht überschritten hätten. Im August 2009 gab das Bundesumweltministerium bekannt, dass aufgrund eines „Übertragungsfehlers“ die registrierte Menge an Plutonium viel zu gering angegeben wurde und tatsächlich ca. 28 kg Plutonium eingelagert wurden. Eine erneute Überprüfung des Inventars 2010 zeigt insgesamt 14.800 undeklarierte Atommüllfässer. Außerdem wurden nicht 1.300 Fässer mit mittelradioaktivem Müll eingelagert, sondern in 16.100 Fässern war mittelradioaktiver Atommüll.

1973: In einer GSF-Broschüre heißt es: *„Ein Wassereintritt wie auf der Schachtanlage Asse I ist hier somit ausgeschlossen. [...] Das Grubengebäude als Ganzes würde also selbst bei einem Wassereintritt seine Standfestigkeit nicht verlieren.“* Der Langzeitnachweis soll für 100.000 Jahre Sicherheit gewährleisten! – 1988 sind diese Expertenaussagen hinfällig.

1978: Die Einlagerungsgenehmigungen laufen aus. Für eine weitere Einlagerung wäre das Atomgesetz anzuwenden (Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung). Damit endet die Einlagerung von Atommüll in Asse II.

1979: Der Dipl. Ing. Hans-Helge Jürgens warnt in seiner wissenschaftlichen Arbeit vor mangelnder Standsicherheit und beschreibt die Möglichkeit eines Wassereintritts.

1979-1995: Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Einlagerung von Atommüll im Salzstock Gorleben werden dem Atommülllager Asse II zugewiesen.

Bis 1988: Die Salzlösungszutritte stellen angeblich in sich geschlossene Vorkommen dar, die nicht im Kontakt zum Grundwasser stehen.

1988: ... diese Aussage hat sich grundlegend geändert: Der

Laugenzufluss komme nun aus dem Deckgebirge, die genaue Herkunft ist bis heute nicht bekannt und der Zufluss (ca. 12.000 Liter täglich) ist nicht zu stoppen.

1994: In einem Gutachten des nds. Landesamtes für Bodenschutz wird festgestellt, dass ein nicht mehr beherrschbarer Wassereintritt in die Asse nicht auszuschließen ist. Die Gutachter empfehlen die Verfüllung der Hohlräume mit Salz.

1995: Die Versuchstätigkeit mit radioaktiven Stoffen wird eingestellt. Beginn der Verfüllung mit Salz (ca. 2,5 Mio. m³).

10.03.2000: *„Wir sollten uns von der Vorstellung verabschieden, dass wir die Radioaktivität, die wir einlagern, ein für alle Mal versteckt haben.“* (H. Wiggering, Generalsekretär des Umweltsachverständigenrates der Bundesregierung)

2002: Ein Konzept zur Flutung mit einer wässrigen Magnesiumchlorid-Lösung ist von der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) in Bearbeitung. Kritiker_innen sind sich sicher, dass bei diesem Verfahren die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung der Biosphäre nicht verhindert werden kann.

2004: Strömungsbarrieren sollen im Schacht eingebaut werden, um die Magnesiumchlorid-Lösung gezielt zu lenken.

5.11.2004: *„Die Verpackungen und Bindungen (des Atommülls) werden durch den Kontakt mit der wässrigen Mg-CL-Lösung zerstört und Radionuklide in Lösung gehen.“* (GSF)

2006: Das geplante Schließungsjahr wird von 2013 auf 2017 verschoben.

2007 und 2008: Strafanzeige gegen die ehemaligen Betreiber wegen illegalen Umgangs mit Kernbrennstoffen. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig stellt die Ermittlungen ein.

Ab 2009: Die Asse wird dem Bundesamt für Strahlenschutz unterstellt und fällt von nun an unter das Atomgesetz. Der damalige Bundesumweltminister Gabriel spricht von einem „psychologischen GAU“ für die Endlagerdebatte, als klar wird, dass bereits 1967 die Undichtigkeit der Asse bekannt war und die Einlagerung von Atommüll in schon damals feuchten Kammern erfolgte.

2009: Durch den Untersuchungsausschuss des Nds. Landtags kommt heraus, dass die Behälter zur Einlagerung des Atommülls nur auf eine Haltbarkeit von drei Jahren ausgelegt waren. Somit ist klar, dass die Industrie die Asse als billiges Endlager nutzte. Schätzungen gehen von vier bis sechs Mrd. Euro für die Sanierung der Asse aus, die der Bund tragen muss.

2010: Das niedersächsische Krebsregister gibt bekannt, dass zwischen 2002 und 2009 in der Samtgemeinde Asse auffällig hohe Leukämie- und Schilddrüsenerkrankungen auftraten und auch die Sterblichkeit bei Leukämie in diesem Zeitraum auffällig hoch war. Das BfS gibt an, dass in der Umgebung des Atommülllagers keine erhöhte Strahlung festgestellt wurde. Die Ursache ist demnach weiterhin unklar.

Zwei der drei vorgesehenen Jahre der so genannten Faktenerhebung sind bereits verstrichen. In der Öffentlichkeit wird der falsche Eindruck erweckt, dadurch seien entscheidende Hinweise für die Rückholung gewonnen worden. Das ist laut Udo Dettmann vom Koordinationskreis Asse nicht der Fall: „Es drängt sich vielfach der Eindruck auf, dass die Faktenerhebung nicht der Rückholung dient, sondern die Behörden vielmehr das Scheitern der Rückholung planen. Das BUM hat nicht einmal seine Fachbehörde, das BfS, in den Stand versetzt, die Rückholung in einem vernünftigen und umfassend durchgeführten Projekt zu organisieren.“

Ein Projekt namens „Rückholung“ gibt es nicht.

Es gibt weder eine Projektorganisation noch gar einen Verantwortlichen dafür beim Bundesamt für Strahlenschutz. Minister Röttgen als hauptverantwortlicher Bundesminister hat bislang weder das Bergwerk besucht, noch sich zur Rückholung bekannt. Zur Rückholung gehört die Beschaffung von Bergtechnik, der Aufbau von geeignetem Personal und die Erstellung eines Regelwerks passender Vorschriften- im Sinne einer lernenden Organisation. Auf allen drei Feldern verhalten sich das Niedersächsische Umweltministerium, das Bundesministerium für Umwelt und das Bundesamt für Strahlenschutz abwartend. „Abwarten ist aber aufgrund des Zustandes des Bergwerkes nicht zu verantworten“, so Andreas Riekeberg vom Koordinationskreis. Zur Erinnerung: täglich laufen 12.000 Liter Wasser in den Schacht.

„Die gegenwärtige organisierte Unverantwortlichkeit muss ein Ende haben. Zwingend notwendig ist ein abgestimmtes, zielorientiertes und von Verantwortung zur Rückholung getragenes System, das alle Beteiligten ein-



bezieht, unter der Verantwortung des Bundesumweltministers. Die Rückholung des Atommülls muss organisiert werden, und zwar sofort“, fordert Udo Dettmann.

Am deutlichsten zeigte sich die Absurdität der deutschen Atompolitik am Ende der Pressekonferenz, als ein Pressevertreter den Asse II-Koordinationskreis fragte, wo der Atommüll aus der Asse denn hin soll. Die Atomkraftgegner_innen antworteten treffend, dass es kein Entsorgungskonzept und damit auch kein geeignetes Lager für den deutschen Atommüll gibt.

Mehr Infos in dem Asse-Info DURCHBLICK unter <http://www.asse2.de/download/Asse-Durchblicke-2.pdf>



Am Sonntag, **11. März 2012**, ein Jahr nach Beginn der atomaren Katastrophe in Fukushima, wird es in Deutschland fünf große Demos geben: In Brokdorf (Schleswig-Holstein), Gundremmingen (Bayern), **Hannover** (Niedersachsen), Neckarwestheim (Baden-Württemberg) und Gronau (NRW).

Das Forum gegen Atomenergie aus Celle ruft auf für die Demonstration in Hannover – soweit Näheres bekannt ist, wird dies auf die neu gestaltete Seite der Initiative www.anti-akw-celle.de eingestellt

Die japanische Anti-Atom-Bewegung ruft für Samstag, den 11. Februar, zu einer Großdemonstration in Tokio und zu weiteren Demos an AKW-Standorten auf. Ganz bewusst fin-

den diese Proteste nicht am 11. März, sondern einen Monat früher statt, denn im März wird in Japan die Trauer um die Opfer des Tsunamis im Mittelpunkt stehen und nicht die Atompolitik.

In Celle wird es am Samstag, den **11. Februar 2012**, eine Art **mobiler Mahnwache** geben. Wer mitmachen will, muss sich um 12 Uhr am Pranger am Alten Rathaus einfinden. Die Aktion dauert etwa eine Stunde. „Wir wollen damit die Verbundenheit mit den Protesten in Japan herstellen und gleichzeitig für die zentralen Proteste in Deutschland am 11. März werben“, teilt die Celler Anti-AKW-Initiative mit.

Wilder Westen in der Heide?

1858 begann das Erdölzeitalter mit der ersten erfolgreichen Ölbohrung der Welt in Wietze, 20 km westlich von Celle. Einige Jahre später brach in der Region ein Ölboom aus, Bohrbetriebe und Zulieferindustrie siedelten sich an und Celle entwickelte sich zum Öl- und Erdgaszentrum Deutschlands und blieb es bis heute.

Aufgrund Peakoil, wachsendem Energiehunger weltweit sowie stetig wachsender Rohstoffpreise für fossile Brennstoffe rückt die Ausbeutung auch unkonventioneller (nicht direkt erschließbarer) Lagerstätten für Erdgas zunehmend ins Visier der Erdöl- und Erdgasindustrie. Ein riesiger Markt: 95 % des deutschen Erdgases wird in Niedersachsen gefördert, wofür Unternehmen nur im Jahre 2010 Förderabgaben in Höhe von 569,54 Mio EUR zahlten. Seit Mitte der 1990er Jahre wird auch »Hydraulic Fracturing« als „*innovative Technik*“ zur Ausbeutung der jetzt wirtschaftlich gewordenen Lagerstätten für die unkonventionelle Erdgasförderung in Deutschland eingesetzt. Es gab seitdem mehr als 300 Bohrungen mit Fracking-Technik, vor allem in Niedersachsen.



Foto: aus Doku ZDFzoom: Gefährliche Gier

In der Branche gibt es eine wahre Goldgräberstimmung, angetrieben durch die Erfahrungen in den USA (*Dick Cheney ebnete der Fracking-Industrie als US-Vizepräsident der Bush-Administration durch neue Gesetze und Abbau von Personal in den Umweltbehörden den Weg zur hemmungslosen Ausbeutung unkonventioneller Erdgasvorkommen in den USA. Mittlerweile liegt der Anteil gefrackter Gasbohrungen in den USA bei über 90 Prozent*) von der auch Unternehmen aus dem Landkreis Celle, wie Halliburton, ITAG, Exxon Mobil, RWE Dea, Baker Hughes oder Cameron profitieren wollen. Ein gutes Dutzend Unternehmen hat in ganz Deutschland schon Claims zur Exploration & Förderung abgesteckt.

Hydraulic Fracturing, auch Fracking (*engl.: Aufbrechen*) genannt, ist eine Tiefbohrtechnik-Methode, bei der durch das Einpressen von Flüssigkeit (Fracfluide) in eine Bohrung unter extrem hohem Druck (über 1000 bar) in einer Gesteinsschicht Risse erzeugt werden, um die Gas- und Flüssigkeitsdurchlässigkeit zu erhöhen, mit dem Ziel, das in der Gesteinsschicht gebundene Erdgas, insbesondere Schiefergas, wirtschaftlich fördern zu können.

Die verwendete Frac-Flüssigkeit besteht aus Wasser und zugesetzten, wassergefährdenden Chemikalien, die z.T. als gefährlich, giftig und sehr giftig klassifiziert sind und Substanzen enthalten, die krebserregend oder hormonaktiv sind, das Nervensystem angreifen sowie nierentoxisch wirken. Es werden ca. 600 verschiedene Chemikalien beigemischt, die genaue Zusammensetzung ist aber »Betriebsgeheimnis« des jeweiligen Förderunternehmens. Das Einpressen der Frac-Flüssigkeit erfolgt durch betonverschaltete Rohre, die durch grundwasserführende Schichten führen. Technisch bedingt verbleibt ca. die Hälfte des kontaminierten sog. Lagerstättenwassers irreparabel und unwiederbringlich im Boden. Nach Angaben von Exxon Mobil wurden allein im Erdgasfeld Söhlingen in Niedersachsen 21,5 Mio. Liter Wasser sowie 1.000 Tonnen Chemikalien eingesetzt.

»Risiken und Nebenwirkungen«

- **Mögliche Kontaminierung des Grund- und Trinkwassers** durch undichte Rohrleitungen mit u.a. Benzol (wie bereits in Völkersen und Söhlingen in Niedersachsen geschehen).
- **Freisetzung von radioaktiven Isotopen und Schwermetallen**, wie Radium oder Quecksilber.
- **Entsorgung der Abwässer umwelttechnisch unzureichend** (Hinabpumpen in vermeintlich abgeschlossene Erdschichten als Endlager oder sogar Verdunstung).
- **Erdbeben**, ausgelöst durch Fracking (Großbritannien im April und Mai 2011, Niedersachsen 2007).
- **Unkontrollierte Diffusion** des verpressten Prozesswassers im Untergrund.
- **schlechte Klimabilanz**, da bei unkonventioneller Gasförderung Methan über das Grundwasser in die Atmosphäre entweicht. Methan ist als Treibhausgas etwa 20 mal so wirksam wie Kohlendioxid (CO²)



Moratorien und Verbote

Frankreich hat im Juni 2011 als erstes Land in Europa den Einsatz von Fracking verboten. In anderen europäischen Ländern hat sich mittlerweile massiver Widerstand organisiert, so dass die Bohrunternehmen vom Einsatz des Fracking-Verfahrens absehen. In Großbritannien und den Niederlanden ist bereits ein Moratorium gegen den Einsatz von Hydraulic Fracking gefordert bzw. erlassen.

In Großbritannien wurde nach zwei Erdbeben, die in unmittelbarer Nähe von Probebohrungen auftraten, der Einsatz von Fracking bis auf weiteres eingestellt.

In **Deutschland** haben Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Thüringen die Bearbeitung aller Anträge zur unkonventionellen Gasförderung auf Eis gelegt bzw. abgelehnt. NRW hat im Bundesrat eine Änderung des Bergrechtes vorgeschlagen, die u.a. verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen für alle Bohrungen mit Hydraulic Fracturing fordert.

Niedersachsens Alleingang

In Niedersachsen sind für 2012 bereits mehrere Frackings angekündigt. Von Seiten der **Bergbehörde** und des verantwortlichen Wirtschaftsministeriums gibt es keine Bedenken gegen das Verfahren. Wirtschaftsminister Bode (FDP) lehnt verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen vehement ab. Das Wirtschaftsministerium unterstützt die Industrie durch eine Senkung der Förderabgabe von 36 auf 32 Prozent. Für fehlgeschlagene Bohrungen erhalten die Unternehmen bis zu 2 Millionen Euro Prämien. Unkonventionelle Gasförderung wurde sogar komplett von der Förderabgabe freigestellt.

Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) auf Nachfrage eines Reporters der Sendung ZDFzoom bei einem Ortstermin in Wathlingen:

ZDFzoom: „Welche Befürchtungen haben Sie denn, wenn Sie jetzt grundsätzlich immer Umweltverträglichkeitsprüfungen anordnen würden?“

Jörg Bode: „Nun es ist so, dass wir hier natürlich auch eine Branche haben, wo 18.000 Arbeitsplätze allein in Niedersachsen von abhängen. Und die [Branche] entscheidet nach wirtschaftlichen- und nach Zeitgesichtspunkten, wo sie investiert und wo sie neue Bohrfelder tatsächlich erschließt, und wenn wir die Arbeitsplätze nicht gefährden wollen, müssen wir bei versiegenden Quellen durchaus auch die Zeitfrage für eine Entscheidung bei einem derartigen Unternehmen berücksichtigen.“

Arbeitsplätze (Wählerstimmen) sind halt wichtiger als die irreparable Schädigung der Umwelt und Vergiftung der betroffenen Menschen vor Ort.

Anspruch und Wirklichkeit

ITAG Unternehmensleitsatz: Gesundheit, Sicherheit und Umwelt: „Wir geben Gesundheit, Sicherheit und Umwelt den Vorrang und kommen so unserer Verpflichtung als Unternehmen nach, ein verantwortliches Mitglied

der Gemeinschaft zu sein.“ (veröffentlicht auf der Webseite der ITAG GmbH www.itag-celle.de)

Wann stellen sich die ITAG und der Rest der Celler Erdgasförder- und Zulieferindustrie dieser Verpflichtung und beenden aufgrund der unabsehbaren Folgen für Mensch und Umwelt den Einsatz von Hydraulic Fracturing? Oder müssen aufgrund der möglichen Anwendung der Technik auch im Landkreis Celle erst die »Täter« zu »Opfern« werden?

Weiterführende Infos gibt's hier:

- **Initiative gegen Fracking:** <http://www.gegen-gasbohren.de/>
- **Infoseite Fracking** <http://www.unkonventionelle-gasfoerderung.de/>
- **Doku ZDFzoom vom 09.11.2011 zum Thema Hydraulic Fracturing**
<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1487400/ZDFzoom-Gefahrliche-Gier#/beitrag/video/1487400/ZDFzoom-Gefahrliche-Gier>



Regenerative im LK Celle

Der Ausbau regenerativer Energie im Landkreis Celle schreitet voran. Letztes Jahr wurden im Landkreis Celle 305 Mio. kWh Strom aus Erneuerbaren in das SVO-Netz eingespeist, rund 40 % des Verbrauchs. Über die Hälfte wurde dabei von 62 Biogasanlagen produziert (172 Mio. kWh), 61 Windkraftanlagen lieferten rund 120 Mio. kWh, 6 Wasserkraftanlagen brachten es auf knapp 4 Mio. kWh. Im Landkreis gibt es darüber hinaus 1113 Photovoltaik-Anlagen, die knapp 8 Mio. kWh lieferten. - Die installierte Leistung der Anlagen: 94,5 MW Windkraft, 27 MW Biogasanlagen, 16,7 MW Photovoltaik und knapp 1 MW Wasserkraft.

Räumlich gibt es einige Unterschiede, wobei in den Samtgemeinden Lachendorf und Eschede längst mehr regenerativer Strom erzeugt als verbraucht wird. In der Stadt Celle werden allerdings gerade mal knapp 13 % des Verbrauchs durch Erneuerbare gedeckt. (Quelle: CZ, 05.01.2012)

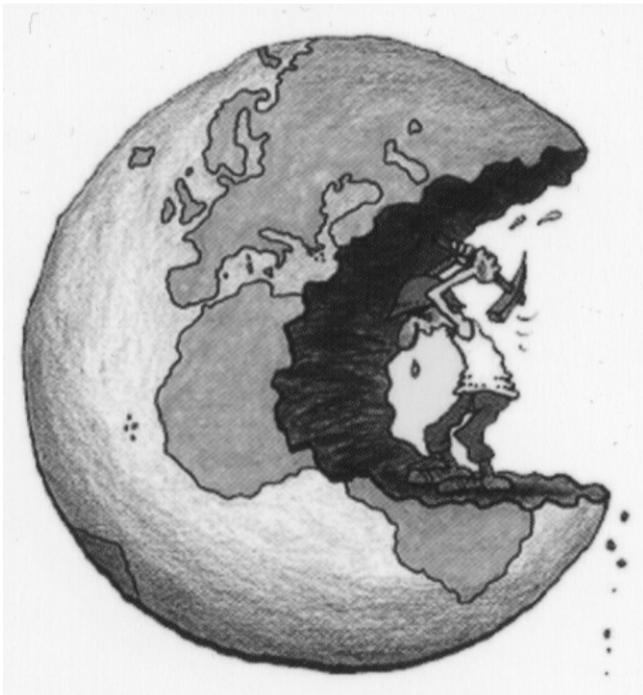
Serge Latouche

Décroissance als Projekt der politischen Linken

Dass *Décroissance* [1 – siehe Fußnote am Ende] ein politisches Projekt der Linken sein sollte, ist für mich eine Selbstverständlichkeit und ein Paradox zugleich.

Décroissance ist ein Projekt der politischen Linken, da sie Ergebnis einer radikalen Kritik der Konsumgesellschaft und des Liberalismus ist, und da sie die ursprünglichen Ideen des Sozialismus wieder aufgreift.

1) Als radikale Kritik der Konsumgesellschaft, der Entwicklung und aller auf Entwicklung beruhender Wirtschaftsmodelle ist die Idee der *Décroissance* automatisch eine Kritik des Kapitalismus. Was genau verstehen wir unter Wachstumsgesellschaft? Diese kann als Gesellschaft definiert werden, die von einer Wachstumsökonomie beherrscht wird mit der Tendenz, in dieser vollständig aufzugehen. Wachstum um des Wachstums willen wird hier für die Menschen zum wesentlichen, wenn nicht ausschließlichen Lebensziel.



Wachstum ist allerdings nur der Name, den der Volksmund dem gegeben hat, was Marx als unbegrenzte Kapitalakkumulation analysiert hat - die Quelle aller Irrwege und allen Unrechts des Kapitalismus. Da Wachstum und Entwicklung stets Wachstum der Kapitalakkumulation und Entwicklung des Kapitalismus sind, also Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter und grenzenlose Naturzerstörung, kann *Décroissance* nur einen Rückgang von Kapitalakkumulation, Kapitalismus, Ausbeutung und Leben auf Kosten anderer bedeuten. Es gilt nicht nur, die Akkumulation zu verlangsamen, sondern vielmehr die gesamte Idee infrage zu stellen, um den zerstörerischen Prozess umzukehren. Durchaus zu Unrecht wurde also den »Wirtschaftsschrumpfern« hie und da unterstellt, sie würden sich mit dem Kapitalismus arrangieren (Latouche 2007: 135).

Wir veröffentlichen den Essay von Serge Latouche mit freundlicher Genehmigung des VSA Verlags Hamburg; er ist entnommen dem Band: »Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Ein Projekt von attac. Hg. von Werner Rätz, Tanja von Egan-Krieger, Barbara Muraca, Alexis Passadakis, Matthias Schmelzer, Andrea Vetter. Hamburg 2011. ISBN 978-3-89965-430-1. 15.80 €.

2) Die Idee der *Décroissance* ist selbstverständlich auch eine radikale Kritik am Liberalismus, worunter ich das der Konsumgesellschaft zugrunde liegende Wertesystem verstehe. In der politischen Agenda, der konkreten Utopie der *Décroissance* mittels der acht R (umwerten, neue Konzepte entwickeln, umstrukturieren, relokalisieren, umverteilen, reduzieren, wiederverwenden, recyceln) [2] bringen drei dieser Punkte, nämlich umwerten, umstrukturieren und umverteilen, diese Kritik besonders auf den Punkt.

Umwerten heißt, die Werte, an die wir glauben und nach denen wir unser Leben gestalten, einer Prüfung zu unterziehen und diejenigen zu ändern, die einer Änderung bedürfen. Es muss kaum besonders herausgestellt werden, welche Werte hier an die Stelle der derzeit vorherrschenden zu treten hätten: Altruismus statt Egoismus, Zusammenarbeit statt Konkurrenz, Vergnügen am Gestalten freier Zeit und Ethos des Spielerischen statt Arbeitsbesessenheit, gemeinschaftliches Leben statt schrankenloser Konsum, regionale Wirtschaftsmodelle statt globaler, Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung, Schönheit handwerklicher Fertigung statt industrieller Massenproduktion, schöpferisches Denken statt Effizienzdenken, Relationales statt Materielles und so weiter.

Die Kritik an der Arbeit als Lebensinhalt knüpft hier an den Geist Paul Lafargues (des Schwiegersohnes von Karl Marx) in seinem großartigen Werk »Das Recht auf Faulheit« an, das bis heute einer der schärfsten Angriffe gegen Arbeits- und Produktivitätsethik geblieben ist. Es gilt vor allem, die prometheische Idee der Moderne, wie sie Descartes (der Mensch als Meister und Beherrscher der Natur) oder Bacon vertreten (die Natur im Dienst des Menschen), infrage zu stellen. Nichts Geringeres steht zur Debatte als ein Paradigmenwechsel.

Umstrukturieren heißt, die Produktionsweise und die sozialen Beziehungen dem Wertewandel entsprechend umzugestalten. Diese Umstrukturierung würde umso radikaler ausfallen, je mehr der systemische Charakter der derzeitigen Werte erschüttert würde. Hier stellt sich die Frage, wie - ganz konkret - ein Austreten aus dem Kapitalismus und eine Umgestaltung der Produktionsweise, die nun unter ganz anderen Zielsetzungen funktionieren müsste, aussehen kann. *Décroissance* ist notwendigerweise gegen den Kapitalismus. Nicht so sehr, weil durch sie seine ökologischen und sozialen Widersprüche und Grenzen aufgezeigt werden, sondern vor allem, weil sie den Geist des Kapitalismus (im Sinne Max Webers) infrage stellt.

Umverteilen bezieht sich auf Vermögenswerte und natürliche Ressourcen sowohl zwischen Nord und Süd als auch inner-

halb jeder Gesellschaft. Das Umverteilen von Reichtum ist die natürliche Lösung der sozialen Frage. Teilen ist der zentrale Pfeiler jeder linken Ethik; nach ihr ist die kapitalistische Produktionsweise, die auf ungleichem Zugang zu den Produktionsmitteln beruht und zu immer größeren Vermögensungleichheiten führt, abzuschaffen.

3) *Décroissance* ist schließlich Aufgabe der politischen Linken, da man mit ihr zu den ursprünglichen Beweggründen der Sozialisten, denjenigen, die man - nicht ohne Doppelsinn - als utopisch bezeichnet hat, zurückkehrt. Was die Wegbereiter der Idee, Jacques Ellul und Ivan Illich, schreiben, ist ein Wiederaufgreifen der Kritik der Vorläufer des Sozialismus an der Industrialisierung.

Durch eine erneute Beschäftigung mit Denkern wie William Morris oder auch mit dem Luddismus kann der Sozialismus im Kontext einer ökologischen Vision wie etwa der von Andre Gorz einen neuen Sinn und neuen Stellenwert gewinnen.

Freilich waren all diese erwähnten Denker - Paul Lafargue, Jacques Ellul, Ivan Illich, Andre Gorz, ebenso Bernard Charbonneau und Cornelius Castoriadis, ganz zu schweigen von Tolstoi, Gandhi oder Thoreau - Ketzer in Bezug auf die marxistische Orthodoxie. Was den sozialistischen Reformen John Stuart Mill angeht, so verdient seine Vision eines Gleichgewichtszustandes mit Nullwachstum bei gleichzeitiger kultureller Blüte der Bevölkerung etwas Besseres als das verächtliche Schweigen orthodoxer Marxisten.

Décroissance als Projekt der politischen Linken einführen zu wollen, ist eine Herausforderung (von den ebenso problematischen Ideen zu diesem Thema, die von rechter Seite, in Frankreich etwa von Alain de Benoist, vorgetragen werden, soll hier nicht die Rede sein). Mit der Produktionsethik brechen, eine Gesellschaft der Askese proklamieren, die Krise als Chance begreifen, dies alles sind Provokationen, mit denen man die Arbeiter von Billancourt [3] zwangsläufig auf die Barrikaden bringt (auch wenn es Billancourt heute nicht mehr gibt...). Unsere Reaktionen auf die Krise zeigen deutlich das Dilemma, in dem wir uns befinden: Die Maschinerie zur Zerstörung des Planeten wieder in Gang setzen oder eine andere Gesellschaft erfinden.

1) Die gesamte Linke, egal ob sozialdemokratisch, kommunistisch, trotzkistisch oder noch anders orientiert, ist dem Kompromiss von Keynes und Ford auf den Leim gegangen - selbst die Grünen.

Es ist klar: Wenn die Verfechter der *Décroissance* dafür werben, jeder hätte das Recht, glücklich zu sein, und mit 600 Euro im Monat könne man dies auch (siehe die Parole der griechischen Jugend), so würden sie sofort ausgepiffen und als De-facto-Alliierte des Raubtierkapitalismus hingestellt werden. »Erst nach dem ungeheuren Aufwand, der in den Medien getrieben worden ist, um die Tatsachen und unsere Erinnerung zu verfälschen«, schreibt Michea, »ist die Idee eines unaufhörlichen Wachstums in einer Welt ohne Grenzen zu dem geworden, was sie heute ist: dem endgültigen philosophischen Gravitationszentrum sämtlicher Diskurse der Linken und extremen Linken nach Mitterrand.« (Michea 2008: 138)

Schon Castoriadis hatte diese Irrwege angeprangert: »Das beste Beispiel ist«, sagt er, »die revolutionäre Bewegung, die, unter Einwirkung der Ideen des Marxismus, glaubt, dass alles, was es braucht, um den Menschen ihre Autonomie wiederzugeben, die Beherrschung der Natur ist eine völlige Illusion... Was wir brauchen, ist keine Beherrschung, sondern vielmehr



Serge Latouche ist Philosoph und Ökonom. Er ist emeritierte Professor an der Universität Paris-XI und gilt als Vordenker der Degrowth-Bewegung in Südeuropa. Auf Deutsch ist von ihm erschienen: Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft (Zürich 2004).

die Kontrolle dieses Verlangens nach Beherrschung, eine Selbstbeschränkung also. Das Wort Autonomie bedeutet übrigens Selbstbeschränkung. Was nötig ist, ist, diesen Expansionswahn einzudämmen, was nottut, ist ein Ideal von Bescheidenheit, eine Einteilung der Ressourcen dieses Planeten, so wie es ein sorgender Familienvater tun würde.« (Castoriadis 2008: 282)

Ist die »fröhliche Trunkenheit freiwilliger Askese«, von der Ivan Illich spricht, mit 600 Euro im Monat vielleicht auch möglich, so hat doch *Décroissance* nie etwas mit Passivität oder Resignation zu tun gehabt. Die Freude daran, außerhalb des Gefängnisses der Konsumwelt zu leben, ist undenkbar ohne den Kampf für Gerechtigkeit und für eine Verbesserung der Lebensqualität. Die geistige Umweltverschmutzung und die Kolonisierung des Imaginären zu bekämpfen, heißt, die Kräfte zu bekämpfen, die für diese Art der Sucht verantwortlich sind. Sich aus der selbstverschuldeten Abhängigkeit zu befreien, ist die Voraussetzung dafür, sich aus der nicht-selbstverschuldeten Abhängigkeit, die innerhalb des Systems für den Menschen vorgesehen ist, zu befreien, und umgekehrt. Das Glück kann schon heute beginnen, schreitet man auf dem Wege einer Befreiung vom Konsum voran, vorausgesetzt, dass dies Teil eines Kampfes für eine zukünftige gerechtere Welt ist.

2) Das Problem ist, dass alle sich vom Mythos des Kuchens, der ewig weiter wächst, haben verführen lassen. Lieber zum Wachstum beizutragen als um die Anteile eines Kuchens zu kämpfen, dessen Größe im Prinzip gleich bleibt - das verspricht bessere Belohnung bei geringerem Arbeitsaufwand. Natürlich haben die Rechten begriffen, dass Wachstum zum Systemerhalt notwendig ist.

So hat etwa der Abgeordnete Christian Blanc ein Buch namens »La croissance ou le chaos« (Wachstum oder Chaos) veröffentlicht, in dem er schreibt: »Ohne Wachstum sind alle Programme, mit denen wir unsere Vorstädte aus dem Elend herausholen wollen, zum Scheitern verurteilt. Ohne Wachstum gibt es keinen sozialen Aufstieg. Ohne Wachstum keine Hoffnung, je das Haushaltsdefizit zu verringern oder den Schuldenberg abzutragen.« Der machiavellistische Berater Sarkozys, Henri Guaino, ergänzt: »Die Ungleichheit ist ein Motor des Wachstums und Wachstum ist das einzige, was die

Ungleichheit erträglich macht. Wachstum ist ein Versprechen von Fülle in der Zukunft, die das Elend des Armen abmildert, während ein Gleichgewichtszustand vor allem ein Traum des Begüterten ist, der will, dass sich nichts ändert.« (Guaino 2006)

Diese Ideologie ist inzwischen Gemeingut der gesamten Gesellschaft geworden. So sagt Andre Gorz: »Wachstum erscheint der breiten Masse wie ein - in Wahrheit allerdings völlig leeres - Versprechen, dass sie eines Tages nicht mehr benachteiligt sein wird, Nullwachstum dagegen wie die Verdammung zu einem Zustand immerwährender Mittelmäßigkeit.«



Das vom Kommunismus angestrebte Ziel des Teilens ist so in der Welt des Konsums untergegangen. Zwar hat sich der Umfang des Kuchens in der Tat beträchtlich vergrößert, jedoch auf Kosten unseres Planeten, kommender Generationen und der Länder des Südens. Wie nichts Gutes ewig währt, funktioniert auch diese sozialistische Zugewinnngemeinschaft seit den 1960er Jahren nicht mehr recht, da der Kuchen sich sprüht weiterzuwachsen.

Die Akteure an den Schaltstellen des Kapitals haben dies mehr oder weniger begriffen und sich darangemacht, ihren Anteil des Kuchens noch beträchtlich zu vergrößern (um weitere zehn bis 20% des BIP), und zwar dank des globalen Wirtschaftskasinos. Die skandalösen Einkünfte der Führungskräfte in Politik und Wirtschaft mit ihren Prämien, Boni, Aktienoptionen, horrenden Abfindungen und anderen Vergütungen sind bekannt. Für die große Mehrheit der Menschen dagegen ist das leichte Plus auf der Gehaltsabrechnung kein Ersatz für die negativen Auswirkungen des Wachstums (Stress, Krankheitskosten, Unannehmlichkeiten verschiedenster Art).

Deprimiert durch ihr fortgesetztes Abdanken-Müssen in der Vergangenheit meint die »verantwortungsvolle« Linke, jetzt nur noch einen kleinmütigen Sozialliberalismus als Option zu haben. Der berühmte *trickle-down effect*, durch den die Errungenschaften des Wachstums über breite Bevölkerungs-

schichten gestreut wurden, gerät zum dünnen Strahl einer Sanduhr. Da es immer mehr Reiche gibt und diese auch unablässig reicher werden, werden auch immer mehr Menschen gebraucht, die deren Autos waschen, für sie kellnern, ihnen Waren nach Hause liefern, für sie putzen oder als private Sicherheitskräfte arbeiten, um sie vor den immer zahlreicher werdenden Armen zu schützen. Damit hat sich der Sozialismus bis zur Unkenntlichkeit heruntergewirtschaftet. Das Wachstum der drei Wirtschaftswunderjahrzehnte wurde vom Export getragen; das der drei Jahrzehnte, die folgten, hat sich kraft der astronomischen Verschuldung von Staaten und Haushalten gerade eben halten können.

Sogar im Süden sind die Menschen auf die Idee mit dem Kuchen hereingefallen. Dies nannte man Entwicklung. Das Entwicklungsparadigma wurde von Präsident Harry S. Truman in Punkt vier seiner berühmten Ansprache zur Lage der Nation am 20. Januar 1949 ins Leben gerufen und hatte zum Ziel, die soziale Revolution durch Wirtschaftswachstum, beruhend auf Technologietransfer, zu ersetzen. Diese Rechnung ging während der Grünen Revolution der 1960er Jahre recht gut auf: Indien, seit langem mit einer negativen Handelsbilanz belastet, entwickelte sich zum Getreide-Nettoexporteur. Landreformen konnten so vermieden, begrenzt oder in eine andere Richtung umgelenkt werden.

Die fetten Jahre sind nun vorbei. Selbst dieser Spielraum ist heute ausgeschöpft. Der Kuchen kann nicht mehr wachsen. Mehr noch (und wir wissen dies seit langer Zeit, auch wenn wir uns weigern, es zuzugeben): Er darf nicht mehr wachsen. Die einzige Möglichkeit, der Verarmung im Norden wie im Süden entgegenzutreten, ist, zum Fundament des Sozialismus zurückzukehren (ohne diesmal allerdings die Natur zu vergessen) und den Kuchen gerecht aufzuteilen. 1848, als er 30 oder 50 Mal kleiner war, dachten Marx und auch John Stuart Mill bereits so!

Kommunismus hieß nicht, den Kuchen zu vergrößern, wenn er eigentlich groß genug war, sondern einen anderen Verteilungsmodus zu wählen, sodass alle ihren Bedürfnissen entsprechend versorgt sind.

Es ist klar, dass die marxistische Kritik des Industriezeitalters ohne Berücksichtigung der ökologischen Grenzen unseres Planeten eine äußerst fragwürdige Angelegenheit geblieben ist. [4] Die kapitalistische Wirtschaftsweise wird kritisiert und verurteilt, aber das Wachstum der Kräfte, die sie entfesselt, wird von der Linken stets als »produktiv« dargestellt (während diese doch zumindest ebenso sehr, wenn nicht sogar eher, destruktiven Charakter haben). Schon Charles Peguy schrieb: »Es ist recht lustig, zu sehen, wie unsere atheistischen (speziell die antikatholischen) Sozialisten dieselbe Welt unter dem Namen modern beweihrauchern, um sie gleichzeitig als bürgerlich und kapitalistisch zu verurteilen, ohne dass ihnen hier ein Widerspruch auffällt.« (Peguy 1907: 107)

Wachstum erscheint also - unter dem Blickwinkel Produktion/Arbeit/ Konsum gesehen - als Quelle aller oder fast aller Annehmlichkeiten, auch wenn es, unter dem Blickwinkel der Akkumulation des Kapitals, als Wurzel allen Übels angesehen wird: der Verelendung der Arbeiter, ihrer Ausbeutung und Verarmung, nicht zu reden vom Imperialismus, den Kriegen, Krisen (wohlgemerkt auch den ökologischen) und so weiter. Die Veränderung der Beziehungen der Menschen im Produktionsprozess (in der die notwendige und ersehnte Revolution ja besteht), wird so stets auf einen (mehr oder weniger heftig verlaufenden) Streit um die Anrechte derer, denen die Früchte

des Wachstums zustehen, reduziert. Ist man einmal soweit, kann es zwar noch Diskussionen darüber geben, wem das Wachstum zugutekommen soll, aber es selbst steht nicht mehr zur Debatte.

Da der Kuchen beim Größerwerden immer giftiger geworden ist - das Frustrationswachstum, um es mit Ivan Illich zu sagen, übertrifft bei Weitem das Produktionswachstum -, wird man das Rezept des Kuchens ändern müssen. Je mehr der Kuchen wuchs, umso giftiger wurde er im wörtlichen wie auch im übertragenen Sinne, im Norden wie im Süden. Pestizide, Kunstdünger und andere schädliche Substanzen haben die Völker, andere Spezies und die Erde im ganzen vergiftet, derweil Ungleichheit und Unrecht immer weiter zugenommen haben.

Um die dramatischen sozialen Probleme zu lösen sowie diesen Planeten zu retten, müssen wir das Rezept eines neuen Kuchens erfinden: aus Biozutaten und von einer Größe, dass es auch unseren Kindern und Enkeln noch möglich ist, ihn zu backen. Vor allem aber gilt es, ihn gerecht aufzuteilen. Die Stücke sind vielleicht nicht so groß, dass wir alle fett davon werden können, aber dafür gäbe es einen anderen Grund zur Freude. *Décroissance* ist das einzige Mittel, um die Krise dauerhaft und mit echter Perspektive zu überwinden.

Unser fiktives Wahlprogramm der Veränderung in zehn Punkten soll einen Weg zur Erreichung dieses Zieles aufzeigen. Die zehn Programmpunkte (die bei Latouche alle wieder mit einem r beginnen, Anm. d. Übers.) sind:

1. Zu einem tragbaren ökologischen Fußabdruck zurückfinden;
2. den Warentransport einschränken durch eine die Umweltkosten internalisierende Ökosteuer;
3. wirtschaftliche Aktivitäten relokalisieren (auf kleinräumig/lokal/regionaler Ebene ansiedeln);
4. die (klein)bäuerliche Agrarwirtschaft wiederherstellen;
5. Produktivitätszuwächse in Arbeitszeitverkürzungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze umsetzen;
6. die Erzeugung relationaler (statt positionaler) Güter fördern;
7. die Energieverschwendung um den Faktor 4 verringern;
8. den der Werbung zur Verfügung gestellten Raum massiv einschränken;
9. die wissenschaftliche und technische Forschung anders ausrichten;
10. die Kontrolle über das Geld wiedererlangen.

Fußnoten

1 La Décroissance comme projet politique de gauche, in: *Que faire, que penser de Marx aujourd'hui?* Der Artikel ist leicht gekürzt wiedergegeben. Übersetzung von Manfred Froh-Hanin, unter Mithilfe von Barbara Muraca und Matthias Schmelzer. *Décroissance* lässt sich nur sehr schwer übersetzen. Im deutschsprachigen Raum werden Begriffe wie Wachstumsrücknahme, Postwachstumsökonomie oder -gesellschaft, Wachstumsverweigerung oder Ent-Wachstum verwendet, die das französische *Décroissance* jedoch nur unzureichend wiedergeben (Anm. d. Übers.).

2 Im Französischen beginnen die acht Begriffe dieses von Latouche entwickelten Programms alle mit einem r (*réévaluer, reconceptualiser, restructurer, relocaliser, redistribuer, réduire, réutiliser, recycler*). Inzwischen hat Latouche das Programm auch noch etwas erweitert (Anm. d. Übers.).

3 In Boulogne-Billancourt befand sich mit dem dortigen Renault-Werk einer der größten Produktionsstandorte der französischen Automobilindustrie (Anm. d. Übers.).

4 Es ist bedauerlich, ja vielleicht tragisch, dass es nie zu einer Begegnung zwischen Sergei Podolinski (1850-1891), jenem ukrainischen, nach Frankreich ausgewanderten Adligen und Wissenschaftler, und Karl Marx gekommen ist. Dieser geniale Vorläufer eines ökologischen Wirtschaftsdenkens versuchte tatsächlich, sozialistische Theorie und das zweite Gesetz der Thermodynamik unter einen Hut zu bringen, und strebte eine Synthese von Marx, Darwin und Carnot an. Marx, in wissenschaftlichen Dingen überfordert und uninformiert, beging fraglos einen Fehler, indem er die Schrift Podolinskis zur Bewertung an seinen Freund Engels weiterreichte. Dieser, Anhänger einer positivistischen und mechanistischen Sicht der Wissenschaft, verstand die Tragweite des zweiten Gesetzes der Thermodynamik schlicht und einfach nicht (wohl aber, wie die »Variable Energie« der Theorie des Mehrwerts schaden könnte) und kam zu dem Schluss, dass Podolinskis Forschungen ohne Interesse seien. Es ist keineswegs abwegig zu vermuten, dass, wären sich Marx und Podolinski begegnet, einige der Sackgassen, in die der Sozialismus hineingeriet, hätten vermieden werden können.



Literatur

Blanc, Christian (2006): *La croissance ou le chaos*, Paris.
Castoriadis, Cornelius (2008): *Débat avec R. Legros*, in: Bachofen, Blaise/Elbaz, Sion/ Poirier, Nicolas (Hrsg.): *Cornelius Castoriadis, Reinventer l'autonomie*, Paris.
Guaino, Henri (2006): *Pour une croissance durable*, in: *La Croix*, 23.10.2006.
Gorz, Andre (1974): *Leur écologie et la notre*, in: *Les Temps Modernes*.
Latouche, Serge (2007): *Petit traité de Décroissance sereine*, Paris.
Michea, Jean-Claude (2008): *La double pensée. Retour sur la question liberale*, Paris.
Peguy, Charles (1907): *De la Situation faite au parti intellectuel dans le monde moderne*, in: *Cahiers de la Quinzaine*.

Blick nach Links #5

Ursprünglich sollte in dieser Revista-Ausgabe die Berichterstattung über das „Kunst-hier auch!“-Projekt, das ja mit großem Erfolg im Oktober/November letzten Jahres in der Celles Altstadt stattfand, vertieft bzw. eine Nachbetrachtung angestellt werden.

Stattdessen tauchte aus meiner umfangreichen Lose-Zettel-Sammlung eine Notiz mit dem Hinweis auf diesen Link auf: www.rolandroos.net/index.php?/free-repair/

und in diesem Zusammenhang der Name Joseph Beuys und seiner Erweiterung des Kunstbegriffs zur „Sozialen Plastik“. Eine „soziale Plastik“, die entsteht, wenn Menschen durch kreatives Mitgestalten an der Gesellschaft diese positiv verändern. Nach Beuys war „der erweiterte Kunstbegriff [...] das Ziel des Weges von der traditionellen (Modernen Kunst) zur anthropologischen Kunst“. (Eva Wenzel u. Jessica Beuys: Joseph Beuys. Block Beuys. Schirmer/Mosel, München 1990, S.270).

In diesem Gedanken nun hat der Schweizer Künstler Roland Roos sein herzallerliebstes Projekt „Free Repair“ veranstaltet und unter o.g. Link dokumentiert. 2 Jahre lang spürte Roos in etlichen europäischen Städten defekte Dinge im öffentlichen Raum auf, fotografierte sie, re-

parierte sie dann heimlich und fotografierte sie erneut. So entstanden 99 Unikate, die auch zu kaufen sind: der Preis entspricht dem Mittelwert der 99 Reparaturen, zusammengesetzt aus Materialkosten und Arbeit.

Meine Lieblinge sind die Nr. 96, die Nr. 4 und Nr. 9. Die letzten beiden wohl auch deshalb, weil ich gerade selbst meine Dusche/Klo repariert und renoviert und mit goldenen Abflussrohren ausgestattet hab. Allerdings nicht heimlich.

Und um doch noch die Kurve zur Gestaltung öffentlicher Räume in Celle zu kriegen: hier nochmal hinblicken: www.kunst-hier-auch.de insbesondere zur „Heeringasse“.



Welches sind die konkreten Hebel, durch die eine Reduktion der gesellschaftlichen Produktion bewirkt werden könnte und wie sieht eine spezifisch wachstums-kritische und auf Postwachstum abzielende Alternative aus? Mit dem Titel »Ausgewachsen!« soll einerseits deutlich gemacht werden, dass es tatsächlich keine Alternative zum Ausstieg aus dem Wirtschaftswachstum gibt. Das Ende des unbegrenzten Wachstums auf einem endlichen Planeten kommt, es geht lediglich darum, ob es katastrophisch hereinbricht oder politisch bewusst gestaltet wird. Der Titel ist aus der Sicht der Herausgeber_innen auch eine Kampfansage an alle die Strömungen, die ihre Interessen und ihre Zukunft an das Wachstum binden.

Das Buch ist ein erster Versuch, in Deutschland aus einer globalisierungskritischen Perspektive Beiträge für eine Debatte um eine Postwachstumsökonomie zu sammeln. Unter den Autor_innen sind z.B. auch Niko Paech und Adelheid Biesecker, die im vergangenen Herbst ihre Theorieansätze im Celler Rosa-Luxemburg-Club vorgestellt haben. Eine wichtige Ergänzung zu deren Beiträgen ist der Aufsatz von Uta von Winterfeld (»Vom Recht auf Suffizienz«), die hervorhebt, dass globale Gerechtigkeit erforderlich macht, dass die Menschen des globalen Nordens weniger konsumieren müssen (Suffizienz, von lat. Sufficere = ausreichen): „Als kri-

tische Kategorie analytisch angewandt versucht Suffizienz [...] nicht, den individuellen Hunger nach mehr normativ einzufangen, sondern die gesellschaftlich konstruierten Zwänge zur Grenz- und Sorglosigkeit zu problematisieren.“

Mohssen Massarrat und Friga Haug thematisieren in zwei lesenswerten Beiträgen die Notwendigkeit und Möglichkeit radikaler Arbeitszeitverkürzung. Und eine Einführung in die internationale Debatte, die Deutschland voraus ist, findet sich unter den Stichworten »Degrowth« für Südeuropa und »Buen Vivir« für Lateinamerika in dem Band. Serge Latouche begründet, warum »Decroissance« (so der französische Begriff fürs »Schrumpfen«) ein Projekt der politischen Linken werden kann/muss. (Siehe Nachdruck in diesem Heft S. 19-22.)

»Ausgewachsen!« bietet eine Einführung in die Postwachstumsdiskussion, stellt verschiedene Theorieansätze vor und ermöglicht einen kritischen Auseinandersetzung mit dem von rot-grün befeuerten Ansatz eines »Green New Deal«. Ein wichtiges Buch zur rechten Zeit.

Werner Rätz u.a. (Hg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Ein Projekt von Attac. Hamburg (vsa) 2011. 192 S., EUR 15.80

Ausgewachsen!

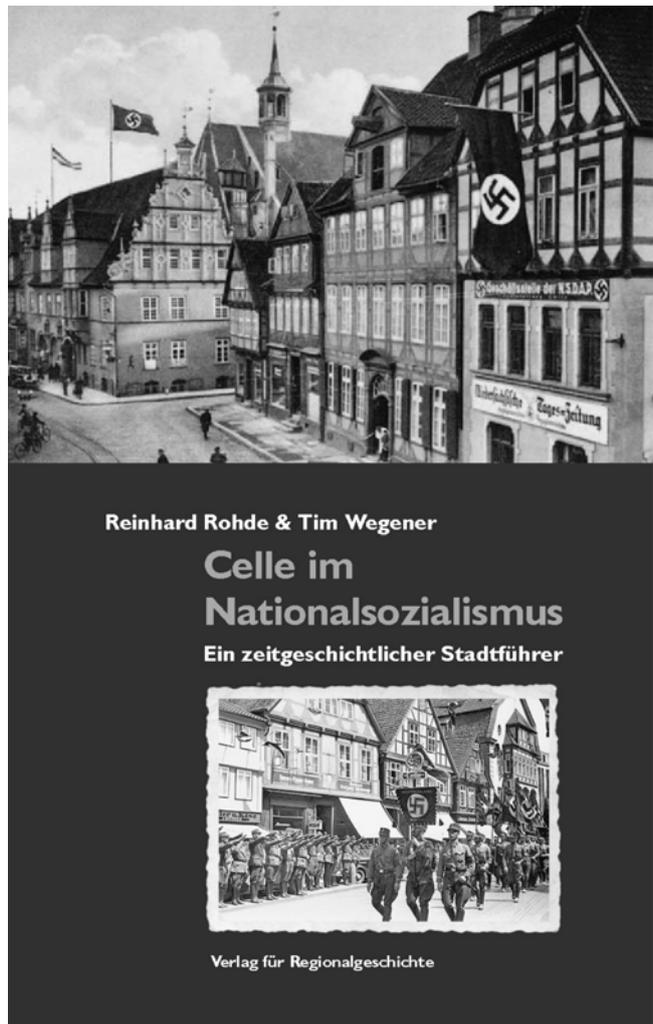
Ziemlich schnell vergriffen war vor vier Jahren der von Reinhard Rohde und Tim Wegener veröffentlichte »topografische Überblick« über »Celle im Nationalsozialismus«. Gefördert durch die Stadt Celle gibt es jetzt eine erweiterte und neu gestaltete Ausgabe dieses zeitgeschichtlichen Stadtführers.

Geblieden ist das Prinzip: Ausgehend von Orten und Gebäuden beschreiben die beiden Historiker, welche NS-Organisationen dort ihren Sitz hatten und welche Funktion diese für Gesellschaft und Staat im Nationalsozialismus hatten. Neben die Orte der Täter treten jene, an denen die Opfer ihre Geschäfte betrieben oder ihre Wohnungen hatten. Eine historisierende Verortung der Verbrechen auf die Schaltstellen in Berlin und die Vernichtungslager im »fernen« Osten wird so ergänzt durch eine Erinnerungskultur, die ihre Konkretisierung in der unmittelbaren Lebenswelt findet.

Das Rundgangprinzip wird sinnvollerweise aufgebrochen durch die thematische Gruppierung der Texte: die NSDAP und ihre Gliederungen; Justiz und Polizei; Anpassung, Gleichschaltung und Gefolgschaft; Kultur; die jüdische Bevölkerung – Emigration oder Tod; Widerstand und Opposition; Krieg, Zwangsarbeit und Mord; Gedanken zur Erinnerungskultur.

Die Autoren haben nicht nur viele, bisher unveröffentlichte Fotos in den Stadtführer aufgenommen. Gegenüber der Vorgängerpublikation sind einige Kapitel hinzugekommen, so z.B. eine Betrachtung der kulturellen Institutionen wie Bomann-Museum, Theater und Stadtbücherei. Die Verfolgungsgeschichte der Zeugen Jehovas findet ebenso erstmals eine Darstellung wie die Opfer der »Euthanasie«-Verbrechen. Neben dem Mörder vom 8. April wird ausführlich ein zeitlich paralleles Endkriegsverbrechen in Groß-Hehlen eingegangen.

In der Einleitung schreiben die Autoren: „Dieser Stadtführer ist ein Beitrag zur Celler Lokalgeschichte, und Lokalgeschichte kann ihrerseits exemplarische Erkenntnisse



über das Funktionieren des »großen Ganzen«, also des nationalsozialistischen Staates, liefern.“

Reinhard Rohde / Tim Wegener: *Celle im Nationalsozialismus. Ein zeitgeschichtlicher Stadtführer* (= Kleine Schriften zur Celler Stadtgeschichte 13). ISBN 978-3-89534-883-9. Bielefeld 2012. 160 S. 80 Abb. 12,40 EUR.

Rolf Keller Sowjetische Kriegsgefangene

Die neue Ausstellung in der Gedenkstätte Bergen-Belsen setzt einen Schwerpunkt auf die Geschichte des Kriegsgefangenenlagers, in dem 1941/42 aufgrund katastrophaler Versorgung fast 14000 sowjetische Kriegsgefangene umkamen. Insgesamt waren es zwischen 1941 und 1945 mindestens 2,6 Millionen sowjetische Kriegsgefangene die in deutschem Gewahrsam ums Leben kamen. Unter Missachtung von Völkerrecht und Genfer Konvention starben die Kriegsgefangenen aufgrund unzureichender Versorgung, brutaler Behandlung, harter Arbeit und gezielter Mordaktionen. Rolf Keller, der schon für die Ausstellung in Bergen-Belsen verantwortlich zeichnete, hat in einer detaillierten Studie jetzt

erstmalig den Zusammenhang von Lagersystem, Arbeitseinsatz und Massensterben insbesondere am Beispiel der drei »Russenslager« der Wehrmacht in der Lüneburger Heide untersucht. Die Überführung der sowjetischen Kriegsgefangenen ins Reichsgebiet hatte einzig zum Ziel, den Arbeitskräftemangel zu beheben. Hierfür wurde aus rassistischen Gründen zunächst ein eigenes Lagersystem aufgebaut. Keller rekonstruiert, welche Gründe für das Massensterben des Winters 1941/42 – und dann die Abkehr vom gesonderten Lagersystem im Frühjahr 1942 hatten.

Rolf Keller: *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen*. Göttingen (Wallstein Verlag) 2011. ISBN: 978-3-8353-0989-0, 512 S., 42,00 EUR



Kino 8 ½ im Febr./März

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



27. und 28. Januar

THE GUARD - Ein Ire sieht schwarz

Ein grummeliger irischer Dorfpolizist wird in seiner Alltagsroutine gestört, als ihm ein übereifriger Assistent aufgezwungen und er überdies mit einem Mordfall konfrontiert wird, bei dem er mit einem schwarzen FBI-Agenten zusammenarbeiten muss, um die Machenschaften eines internationalen Drogenrings aufzuklären. Politisch inkorrekt und mit einem grandiosen Gespür für Timing und Pointen, gelingt eine stimmig-ruppige, höchst unterhaltsame Krimi-Posse aus dem kauzigen irischen Westen.

Irland 2010, 96 Minuten

03. und 04. Februar

HALT AUF FREIER STRECKE

Der 40-jährige Frank hat einen Gehirntumor und nur noch wenige Monate zu leben, wie man ihm im Krankenhaus lapidar mitteilt. Er will die Zeit, die ihm bleibt, bei Frau und Kindern zu Hause verbringen, im erst kürzlich gebauten Häuschen am Stadtrand - eine emotionale Herausforderung für die ganze Familie. Seine Frau Simone kommt bei der Pflege an die Grenzen ihrer Kraft. Der achtjährige Sohn kümmert sich liebevoll um den Papa, der langsam die Beherrschung über seine körperliche Funktionen und auch das Gedächtnis verliert. Die pubertierende Tochter flüchtet sich in den Sport.

Deutschland 2011, 110 Minuten

10. und 11. Februar

NUR FÜR PERSONAL!

Im Paris der 1960er Jahre führt das nicht mehr ganz junge Ehepaar Jean-Louis und Suzanne Joubert ein langweiliges Leben in einem schicken, viel zu großen Mietshaus. Die Kinder besuchen das Internat, der Alltag der Eheleute ist eintönig. Da entdeckt Jean-Louis, dass es in der sechsten Etage des Hauses, in dem die sechs spanischen Dienstmädchen untergebracht sind, viel lebhafter und bunter zugeht. Von dieser für ihn neuen Welt fasziniert, verbringt Jean-Louis immer mehr Zeit in der sechsten Etage und verguckt sich in die attraktive Concepción. Als ihn seine eifersüchtige Ehefrau vor die Tür setzt, kommt ihm das gar nicht so ungelegen und er zieht in eine kleine Kammer zu den Dienstmädchen.

Frankreich 2011, 100 Minuten

17. und 18. Februar

ANOTHER EARTH

In der Nacht, in der in unserem Sonnensystem ein neuer Planet entdeckt wird, der ein Duplikat der Erde ist, kreuzen sich die Wege einer ambitionierten Studentin und eines erfolgreichen Musikkomponisten bei einem tragischen Unfall: Rhoda Williams, gerade an der Elite-Uni MIT aufgenommen, crasht nach einer durchgeführten Nacht in das Auto der Burroughs-Familie und tötet Frau und Sohn des bekannten Musikkomponisten und Professors John Burroughs. Danach tritt Rhoda in Johns Leben, um Buße zu tun. Sie freundet sich an ohne, dass er ahnt, wer sie ist. Und selbst fragt sie sich, ob ihr Duplikat auf der anderen Erde, die selben Fehler wie sie gemacht hat.

USA 2011, 92 Minuten

24. und 25. Februar

SARAHS SCHLÜSSEL

In einem der dunkelsten Momente der französischen Geschichte wurden in Paris über zehntausend Juden verhaftet - die meisten von ihnen wurden in deutsche Konzentrationslager weitergeschickt. Als der zehnjährigen Jüdin Sarah (Mélysine Mayance) und ihrer Familie die Festnahme droht, versteckt sie ihren kleinen Bruder in einem Schrank. Als sie realisiert, dass sie und ihre Eltern wohl nicht so bald nach Hause kommen werden, versucht sie alles, um zu ihrem Bruder zu gelangen. Im Jahre 2009 recherchiert die Journalistin Julia (Kristin Scott Thomas) über die Schicksale der deportierten Juden in Frankreich. Als sie in die frühere Wohnung ihres Schwiegervaters einzieht, erfährt sie die Geschichte ihres neuen Zuhauses, das einst der Familie Strazynski und ihrer Tochter Sarah gehörte.

Frankreich 2010, 102 Minuten

02. und 03. März

JANE EYRE

Adaption von Charlotte Brontës Roman um die Waise Jane Eyre, die als Gouvernante aufs Anwesen eines Adligen kommt. Dieser gibt sich zunächst schroff und unzugänglich, bevor er sich der unscheinbaren, aber selbstbewussten jungen Frau in Liebe zuwendet. Doch dem Glück steht ein düsteres Geheimnis aus der Vergangenheit des Hausherrn entgegen. Elegant verbindet der Film Horror, Krimi, Liebes-, Psycho- und Emanzipationsdrama und fesselt als eine Lesart des viktorianischen Klassikers, die weniger auf die dramatischen Eckpunkte als auf die psychologische Durchdringung vor allem der weiblichen Hauptfigur setzt. Sowohl die Kamera als auch die Musik, vor allem aber die großartigen Darsteller machen die Gefühlswelten der Figuren dabei transparent.

England 2011, 120 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Do., 09. Februar, 19.30

„Das ist Deutschland ... und gehört uns allen“: Bad Harzburg als jüdischer Kurort

Markus Weber, Bad Harzburg

Im Zuge der Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche in Weimar und der Erfolge der Nationalsozialisten trat latenter Antisemitismus immer offener zutage. Diese Entwicklung zeigt der Vortragende am Beispiel des Kurortes Bad Harzburg, der für seine „Judenfreundlichkeit“ im Gegensatz zu manch anderen Erholungszentren bekannt war. Markus Weber ist Gymnasiallehrer in Bad Harzburg und pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel.

Synagoge, Im Kreise, Eintritt frei

Do., 16. Februar, 19.00

Celle im Nationalsozialismus. Ein zeitgeschichtlicher Führer - Buchvorstellung

Reinhard Rohde, Tim Wegener, Celle

Seit einigen Jahren bieten die beiden Autoren regelmäßig historische Stadtrundgänge zum Thema „Celle im Nationalsozialismus“ an. In diesem Zusammenhang ist nun dieser zeitgeschichtliche Führer entstanden. Das Buch gibt einen kompakten Überblick über die Geschichte Celles während der zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. - Anhand von erstmals veröffentlichten Fotos werden Reinhard Rohde, Politikwissenschaftler, und Tim Wegener, Historiker, in das Thema des Bandes „Celle im Nationalsozialismus“ einführen.

Synagoge, Im Kreise, Eintritt frei

Do., 23. Februar, 19.00

Dr. Peter Schyga, Hannover

Die Formierung des „Rechtsextremismus der Mitte“ im Weimar der Wirtschaftskrise

Wer waren die Akteure der NS-Massenbewegung? Was waren Motive und Triebkräfte der SA- und Parteiaktivisten? Warum konnte die NSDAP überhaupt eine republikstürzende Kraft

entfalten? Gestützt auf zeitgenössische Untersuchungen der politischen Soziologie, wird diesen Fragen nachgegangen. Dabei legt der Referent, ein ausgewiesener Kenner der Politik des Reichsnährstands, besonderes Gewicht auf die Zustimmung der Partei auf dem Lande und in kleineren Städten.

Peter Schyga betreibt als freier Historiker das Büro KLIOpes – zeithistorische Forschung und Publikation in Hannover; er ist 1. Vorsitzender des Spurensuche Harzregion e.V.

Synagoge, Im Kreise, Eintritt frei

Do., 08. März, 18.30

Öffentlichkeit schaffen: Bürger fragen - Politiker antworten

Roman Ebner, Hamburg

Die von Parlamentwatch e.V. betriebene Internetseite www.abgeordneten-watch.de bietet die Möglichkeit, Abgeordneten und Kandidaten Fragen zu stellen und alle bisherigen Fragen und Antworten einsehen zu können, darunter auch die der Celler Bundes- und Landtagsabgeordneten. Daneben werden auf www.abgeordneten-watch.de das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten und ihre Nebentätigkeiten öffentlich. Derzeit wird das Angebot der Plattform auf Kommunen ausgedehnt, bald auch Celle?

Die von der Politik geforderte Transparenz hat Parlamentwatch für sich, als Teilnehmer der Initiative Transparente Zivilgesellschaft bereits verwirklicht.

Der Dozent wird Arbeitsweise, Erfolge, Möglichkeiten und Grenzen von [abgeordneten-watch.de](http://www.abgeordneten-watch.de) vorstellen. Er ist bei Parlamentwatch in Hamburg als Datenredakteur und Projektleiter Kommunen tätig.

In Zusammenarbeit mit der RLS Niedersachsen

VHS Celle, Trift 20. ohne Gebühr

So., 18. März, 11.00

Familienbeziehungen im Konzentrationslager Bergen-Belsen im Spiegel von Videointerviews

Vortrag von Diana Gring (mit Präsentation von Videosequenzen)

Gedenkstätte Bergen Belsen

Do., 22. März, 18.30

Krise des Sozialen - Mobilisierung der Subjekte

Dr. Christina Kaindl, Dipl. Psychologin und Politikwissenschaftlerin

Die neoliberalen Predigten von Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft habe zu einem veränderten (Arbeits-) Alltag geführt. Man spricht von einer Entgrenzung der Arbeit. Die Subjekte sollen funktional gemacht werden, mit ein bisschen Coaching, Therapie und Rausch. Das Ergebnis ist die Erschöpfung und schließlich die Depression, die heute die weit verbreitetste psychische Erkrankung ist. Begleitet wird dies durch TV-Reality-Shows, die eine permanente Selbstoptimierung einfordern.

Die Dozentin wird sich vor diesem Hintergrund mit den Fragen auseinandersetzen, was „normal“ und was Norm ist, was als Zwang und was als „zeitgenössisch“ zu gelten hat.

In Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen

VHS Celle, Trift 20. ohne Gebühr



Noch bis zum 1. April ist in der Synagoge, Im Kreise, die Wanderausstellung zur »Harzburger Front« zu sehen. Die Ausstellung zeigt wie das in Bad Harzburg geschmiedete Bündnis deutschnationaler Kräfte den »Siegesszug« der NSDAP beförderte.

Di-Do 12-17, Fr 10-15, So 12-17

Kunst & Kultur

Sa. 04. Februar, 21.00

Lost in Bass im Exil

Buntes Haus, 5,00

Fr., 17. Februar, 20.00

The Queen Kings

CD Kaserne, 16,00 / VVK 13,90

Sa., 18. Februar, 19.00

Trendkill Rockshow

CD Kaserne, 8,00 / VVK 6,00

Fr., 24. Februar, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

So., 26. Februar, 17.00

Lucy in the Sky

Lucie Schäfer (voc), Hannes Binder (p), Christopher Böhm (b), Tobias Decker (dr) spielen Jazz mit hippen Grooves, melancholische Balladen, lateinamerikanische Floskeln.

Kunst & Bühne, 10,00

Fr., 2. März, 22.00

Sorry, Sorry – normal Feiern

CD Kaserne, 4,00

Sa., 3. März, 19.30

Celle Rock City

CD Kaserne, 5,00

Do., 8. März, 20.00

Tierra Negra (Flamenco)

CD Kaserne, 17,00 / VVK 15,90

Sa., 10. März, 20.00

Sonrisa & Cantino Campari

Salsa, Samba und Latinjazz

CD Kaserne, 15,00 / VVK 12,90

Do., 11. März, 20.00

Corvus Corax

Mittelaltermusik

CD Kaserne, 12,00 / VVK 18,90

Do., 15. März, 20.00

Alberto Catasso (ITA)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 16. März, 20.00

Dieter Kropp und Band

Hof Wietfeldt, 10,00, VVK 8,00

Fr., 23. März, 19.00

Neue Jazz Initiative SESSION

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 23. März, 21.00

Freedom Party

CD Kaserne, 5,00

Fr., 30. März, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)



Im Übrigen: Spendet für die revista!

Wenn jede_r zehnte Leser_in einmal im Jahr auf eine einzige Cohiba Esplendidos verzichten würde und uns die 30 Euro überweist, wäre die Produktion eines Jahres gesichert. Das muss doch möglich sein! Kontonummer auf Seite 2 unten.

Die nächste Ausgabe der revista gibt es im April;
Redaktionsschluss ist der 19. März 2012.
Wir freuen uns auf eure Artikel und Fotos!

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Attac-Plenum

jeden 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00
Uhr – Buntes Haus

Regionale Energie & Konsum-Wende (Transition Town)

jeden 1. Di. im Monat, 18.30
Uhr – Buntes Haus

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum

jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:

jeden 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum

jeden 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Kneipe

jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr